

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Krisen ausgelöst durch Spekulationen auf Kredit sind lange bekannt: im Bild karikiert die „Tulpenmanie“ 1636/37

- *US-Präsidentenwahl: Interessenkoalition mit Schwerpunkt in den metropolitanen Räumen – S. 4*
- *Der Israel-Palästina-Krieg fordert kritische Solidarität – S. 6*
- *München: Krise und Genossenschaft, wie sicher sind die Wogen-Anteile? – S. 12*
- *Wanderarbeiter dringend vor Verstößen schützen – S. 16*
- *Der Buddha an der Leine – S. 18*

Ausgabe Nr. 1 am 15. Januar 2009, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-Mail: gnn-hamburg@freenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

VEB Commerzbank

Handelsblatt, Berliner Zeitung, 9.1., Tagesspiegel, 11.1. rül. Der vor kurzem eingerichtete „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (Soffin) kauft 295 Millionen Aktien der Commerzbank zum Preis von 1,8 Milliarden Euro und erwirbt so eine Sperrminorität von 25 Prozent plus eine Aktie. Zusätzlich erhält die Bank von Soffin eine „stille Einlage“ von 8,2 Milliarden Euro, die marktüblich verzinst werden muss.

Zweitgrößter Eigentümer der Bank bleibt die Allianz, die zeitgleich mit dem Soffin-Einstieg für 1,1 Milliarden Euro – vom „Handelsblatt“ als „toxisch“ eingestufte – Wertpapiere übernimmt und zusätzlich eine stille Einlage von 750 Mio. Euro einzahlt.

Die Gesamthilfen des Bundes allein für die Commerzbank belaufen sich damit auf 18,2 Milliarden Euro. 15 Banken haben bisher bei Soffin Hilfen beantragt und erhalten. Darunter sind Bürgschaften in Höhe von 90 Milliarden Euro (30 Mrd. für die Hypo Real Estate, 15 Mrd. für die BayernLB, 30 Mrd. für die HSH Nordbank und 5 Mrd. für die IKB). Die im Gesetz auch vorgesehene Übernahme von risikobehafteten Wertpapieren hat es dagegen bisher nicht gegeben, vermutlich, weil die Banken diese Papiere nach drei Jahren zurücknehmen müssen.

Spekuliert wird jetzt, Soffin werde die Beteiligung an der Commerzbank zehn Jahre oder länger halten. Damit entstünde eine private Großbank mit Staatsgarantie, die durch die staatliche Rückversicherung andere Banken, z.B. die Genossenschaftsbanken, unter erheblichen Konkurrenzdruck setzen könnte.

Das künftige Verhältnis zwischen Staat, Finanz- und Realwirtschaft beschäftigt auch andere. Die CDU hat in Erfurt einen „Deutschlandfonds“ beschlossen, einen Kreditfonds für das produzierende Gewerbe, der auch staatliche Beteiligung an solchen Unternehmen vorsieht. Staatseigentum an Unternehmen galt in der Union bisher als extrem schädlich. Deutsche Bank-Chef Ackermann soll, so berichtet die „Berliner Zeitung“, der Bundesregierung in vertraulichen Gesprächen sogar vorgeschlagen haben, zum Modell der „Deutschland AG“ der 70er und 80er Jahre zurückzukehren, als wenige Großbanken die Realwirtschaft durch Aktienbeteiligungen kontrollierten. „Der Kapitalismus bundesdeutscher Prägung tritt in eine neue Phase ein, deren Ende offen und deren Motto noch zu finden ist. Der alte Name Deutschland AG taugt für den Anfang.“

Er gehörte aber zur vorletzten Phase, geprägt durch eine enge Verflechtung von Finanz- und Realwirtschaft. In

der Mitte des Netzes saß die Deutsche Bank. Rot-Grün hat diese Tradition beendet, der Verfilzung folgte die große Freiheit. Funktioniert hat es nicht. Nun überlassen Ackermann und die Wirtschaft dem Staat für eine Weile die Bühne“, kommentiert die „Berliner Zeitung“ das Geschehen.

EU-Beihilfen nur bei Lohnkürzung

europa.eu/press_room, 8.1. hav. Die Europäische Kommission hat beschlossen, dem Rat die Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe von bis zu 3,1 Mrd. EUR für Lettland vorzuschlagen. Das vorgeschlagene EUDarlehen macht den größten Beitrag zu einem Rettungspaket im Umfang von 7,5 Mrd. EUR aus, das u.a. gemeinsam mit den nordischen Ländern und dem IWF geschnürt werden soll.

Bedingung für die Finanzhilfe ist die Durchführung eines rigorosen Wirtschaftsreformprogramms, das die lettische Regierung bereits beschlossen hat, um die Ungleichgewichte im Staatshaushalt und in anderen Bereichen nach und nach zu beheben. Kernpunkt des Wirtschaftsreformprogramms ist eine sofortige und nachhaltige Haushaltskonsolidierung, um das gesamtstaatliche Defizit 2009 auf 5 % des BIP zu begrenzen, bevor es anschließend weiter auf 3 % des BIP im Jahr 2011 gesenkt wird. Die Unterstützung von weitreichenden Strukturreformen und Lohnkürzungen, bei denen der öffentliche Sektor die Vorreiterrolle übernehmen soll, werden dazu beitragen, dass Lettland bei den Kosten wieder wettbewerbsfähig wird. In einem „Memorandum of Understanding“, das in Kürze mit den lettischen Behörden geschlossen werden soll, werden die Politikaufgaben im Einzelnen ausgeführt. Die Kommission wird sich in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Finanzausschuss regelmäßig vergewissern, dass die mit dem finanziellen Beistand verbundenen wirtschaftspolitischen Auflagen vollständig umgesetzt werden, und kann gegebenenfalls weitere Maßnahmen verlangen.

Freizügiger EU-Arbeitsmarkt

europa.eu/press_room, 8.1. hav. Griechenland, Spanien, Ungarn und Portugal haben die Beschränkungen des Zugangs bulgarischer und rumänischer Arbeitnehmer zum Arbeitsmarkt aufgehoben, teilte die Europäische Kommission mit. Die vier Länder schließen sich damit den zehn EU-Mitgliedstaaten an, die ihren Arbeitsmarkt bereits für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien geöffnet haben. In elf Mitgliedstaaten bleiben die Beschrän-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

kungen bestehen. Die erste Phase der Übergangsregelungen für die Freizügigkeit bulgarischer und rumänischer Arbeitnehmer endete am 31. Dezember 2008. Bis dahin konnten bulgarische und rumänische Arbeitnehmer in zehn Mitgliedstaaten uneingeschränkt arbeiten, während 15 Mitgliedstaaten die Freizügigkeit einschränkten (in der Regel verlangten sie eine Arbeitserlaubnis). Die Mitgliedstaaten der EU der 25, die auch in der zweiten Phase der Übergangsregelungen Beschränkungen anwenden wollten, mussten dies der Kommission vor dem 1. Januar 2009 mitteilen. Grundsätzlich sollte am Ende der zweiten Phase (31. Dezember 2011) für alle Arbeitnehmer uneingeschränkte Freizügigkeit gelten. Danach können die Mitgliedstaaten Beschränkungen nur noch aufrecht erhalten, wenn eine schwerwiegende Marktstörung (oder die Gefahr einer solchen Störung) gegeben ist. Alle Beschränkungen für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien müssen bis spätestens zum 31. Dezember 2013 aufgehoben werden, wenn die uneingeschränkte Freizügigkeit der Arbeitnehmer in allen 27 EU-Mitgliedstaaten gilt.

Arbeitslosenquote der Eurozone auf 7,8% gestiegen

europa.eu/press_room, 8.1. hav. In der Eurozone (EZ15) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im November 2008 bei 7,8%, gegenüber 7,7% im Oktober. Im November 2007 betrug sie 7,2%. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im November 2008 bei 7,2%, gegenüber 7,1% im Oktober. Im November 2007 hatte sie 6,9% betragen. Eurostat schätzt, dass im November 2008 in der EU27 insgesamt 17,466 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 12,180 Millionen in der Eurozone. Gegenüber Oktober 2008 hat die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 274 000 und in der Eurozone um 202 000 zugenommen. Gegenüber November 2007 ist die Zahl der Arbeitslosen um 1 134 000 in der EU27 und um 1 059 000 in der Eurozone gestiegen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (2,7%), Österreich (3,8%) und Zypern (3,9%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten.

Die höchsten Quoten meldeten Spanien (13,4%), die Slowakei (9,1%) und Lettland (9,0%). Dreizehn der Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang ihrer Arbeitslosenquote und vierzehn einen Anstieg. Die stärksten Rückgänge wurden in Polen (von 8,5% auf 6,5%) und der Slowakei (10,5% auf 9,1%) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Spanien (von 8,6% auf 13,4%) und Estland (von 4,1% auf 8,3%).

Vergleicht man den November 2007

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE
Forsa	Frankfurter Rundschau	1.007 06.01.–09.01.	14.01.2009	41 %	24 %	13 %	15 %	4 %
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF, FAZ, FFH	1.072 06.01.–08.01.	10.01.2009	41 %	25 %	13 %	13 %	5 %
Infratest dimap	ARD, HR	1.000 05.01.–07.01.	08.01.2009	42 %	24 %	13 %	13 %	5 %
GMS	Sat.1	1.004 15.12.–17.12.	19.12.2008	41 %	25 %	13 %	13 %	5 %
Emnid	Cicero	500 28.11.–03.12.	18.12.2008	43 %	24 %	11 %	13 %	5 %
Forsa	stern, Frankfurter Rundschau	1.005 08.12.–12.12.	16.12.2008	42 %	23 %	12 %	13 %	6 %

Diese Ausgabe der PB wird die Leserinnen und Leser knapp vor den Landtagswahlen in Hessen erreichen. Bereits jetzt ist sicher, dass das bei der Regierungsbildung gescheiterte Bündnis Rot-Grün-Rot den Wahlkampf nicht überdauert hat. Desintegrationserscheinungen bei der SPD finden ihr Pendant in scharfen, mit Kollektivaustritten verbundenen Parteikämpfen in der Partei Die Linke, die in letzten Umfragen eher unter fünf Prozent taxiert wird. Auch für die Bundespartei zeigen die Umfragen rücklaufende Ergebnisse. Die Wählerinnen und Wähler im Westen votierten bisher für Die Linke vor allem, um in den Parlamenten Leute zu haben, die eine Vernachlässigung sozialer Pflichten durch eine im Grunde wohlhabende Gesellschaft nicht dulden. Diese eher schlichte Rolle konnte die Linke auch im Westen besetzen. Wenn es aber jetzt, angesichts der Herausforderungen der Krise, möglich ist, dass im Kontext der Partei über eine protektionistische, offen nationalistisch begründete Krisenbewältigung gesprochen wird (siehe Seite 23), so zeigt das, wie Mängel und Lücken der Programmatik zu lebensgefährlichen Blößen werden können, wenn sich die Umstände ändern. *Quelle: www.wahlrecht.de*

mit dem November 2008, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 6,5% auf 7,4% und in der EU27 von 6,3% auf 7,0%. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im selben Zeitraum in der Eurozone von 8,2% auf 8,3% zu und blieb in der EU27 stabil bei 7,5%. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag im November 2008 sowohl in der Eurozone als auch in der EU27 bei 16,4%. Im November 2007 hatte sie 14,5% bzw. 14,7% betragen. Die niedrigsten Quoten verzeichneten die Niederlande (5,4%) und Österreich (6,9%), und die höchsten Spanien (29,4%) und Schweden (23,8%).

Destabilisierung der Ukraine

maf. Die Ukraine ist ein Staat, der erhebliche politische und kulturelle Unterschiede zu bewältigen hat. Die griechisch-orthodoxe Tradition, die im Osten des Landes wirkt, tendiert zu einer engen Verbindung mit Russland. Die mit dem Katholizismus unierte im Westen starke Tradition will das Bündnis mit Nato und EU. Der Sonderpreis für Erdgas, den Russland der Ukraine nicht mehr gewähren will, erklärt sich zum einen aus dem Erbe einer gemeinsamen Vergangenheit, zum anderen ergibt sich ein politischer Preis auch aus den Tatsachen der „Durchleitung“. Was die Ukraine für die „Durchleitung“ nehmen kann, ergibt sich nicht nur aus den Kosten, die das verursacht. Da die Ukraine diese Durchleitung zulassen kann oder blockieren, hat sie ein Mittel und, nach üblichen Gepflogenheiten, auch das Recht, dem Exporteur einen

Teil der Grundrente abzuknöpfen. Die Ukraine ist arm und hat außerdem schwere Lasten aus der Vergangenheit zu tragen (Tschernobyl). Die aktuelle Entwicklung der Energiepreise setzt auch Russland unter Druck. Der Konflikt ist ökonomisch hart. In diesen Konflikt ist nunmehr die EU verwickelt. Sie ist in eine Art Schiedsrichterrolle geraten. Die Souveränität der Ukraine ist empfindlich getroffen. Schon wird diskutiert, ob das Land überhaupt in der Lage sei, den Transfer technisch zu bewältigen. Würde die geplante Ostsee-Gaspipeline die Situation entspannen? Die Preisfindung für die Durchleitung würde dadurch erleichtert, da die Ukraine aber sowohl auf die Gaslieferungen aus Russland wie auf die Einnahmen aus der Durchleitung angewiesen ist, würde die Abhängigkeit des Landes dadurch noch weiter verstärkt. Außerdem wäre es dann so, dass ein Ausfall der Durchleitung wegen Instabilität, Sezession usw. der Ukraine die EU nicht mehr unmittelbar treffen würde.

Zusammenstellung: alk

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 12. Februar 2009. Redaktionsschluss: Freitag, 6. Februar. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7–12 h. Die übrigen Erscheinungstermine für 2009, jeweils donnerstags: 12. März, 9. April, 7. Mai, 4. Juni, 2. Juli, 30. Juli, 10. September, 8. Oktober, 5. November und 3. Dezember.

Bundesstaaten-übergreifende Interessenkoalition mit Schwerpunkt in den metropolitanen Regionen

Dem aktuellen Stand zufolge¹ verteilen sich die insgesamt bei der US-Präsidentschaftswahl am 4. Nov. 2008 abgegebenen 125.225.901 Stimmen wie folgt auf die Demokratische Partei (DP) bzw. Republikanische Partei (RP) sowie deren jeweiligen Kandidaten. DP/Obama: 66.882.230 = 53 %; RP/McCain: 58.343.671 = 46 %. Hier muss festgehalten werden, dass McCain aus einer scheinbar – lt. Prognosen! – weit abgeschlagenen („aussichtslosen“) Position heraus Zug um Zug aufzuholen wusste bzw. schließlich Kontakt zu halten wusste zum führenden Kontrahenten. Fakt ist, dass der Abstand zwischen beiden Abstimmungsergebnissen eher relativ ist – und dass somit die US-Zivilgesellschaft aufgespalten ist in zwei annähernd gleichstarken Lager. Die Frage, die sich hier sofort aufdrängt, ist folgende: Kann die Interessenkoalition, die die DP bzw. Obama jetzt an die Regierungsmacht gebracht hat, auf mittlere bis längere Sicht Zugewinne im anderen Lager erzielen – und damit die vorhandene Spaltung überwinden? Hierzu lassen sich schon jetzt klare Antworten finden – im politischen Alltag dieser Zivilgesellschaft, Stichwort: Direkte Demokratie (siehe dazu bereits in PB 11/2008, S. 8 – „USA: Über 150 Volksabstimmungen am Tag der Präsidentschaftswahl“). Das soll im Folgenden Schritt für Schritt – entlang der zentralen Interessen bzw. Themen, die ganz oben stehen auf der Agenda der Koalition – entwickelt werden.

Die DP erhielt ihre Stimmen im Wesentlichen im Nordosten bzw. Südosten sowie im Westen der USA. Das betrifft etwa zwei Drittel der bevölkerungsreichsten Gebiete der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese sind stark bis sehr stark geprägt durch größere bis sehr große Städte (wo die DP die meisten Stimmen erhielt) bzw. durch Vorstädte sowie deren direkt anschließendes Umland. Die RP erhielt demgegenüber ihre Stimmen hauptsächlich im mittleren Westen bzw. in den Vorstädten sowie in den eher ländlichen Gebieten der USA, in denen beide Parteien mit jeweils

49 % Stimmenanteil gleichauf liegen. Dort hat somit die oben angesprochene Aufteilung in zwei annähernd gleichstarke politische Lager ihren Schwerpunkt – und insbesondere hier müssten daher die Bemühungen der Koalition um Zugewinne ansetzen. Die vorliegenden Wahlanalysen² machen deutlich, dass 45 % der „weißen“ wahlberechtigten US-Bürger am 4. November 2008 für die Demokratische Partei bzw. für deren Präsidentschaftskandidaten gestimmt hat – im Unterschied zu 53 % derselben Wählergruppe, die für die Republikanische Partei bzw. deren Kandidaten votierte. Sie machen desweiteren deutlich, dass diese Zustimmung für die DP sich innerhalb der „nicht-weißen“ Wählerschaft wie folgt verteilt: Afroamerikaner = 93%, Latinos = 68%, Asienstämmige = 63%, Andere = 70%. Diese Wahlanalysen lassen außerdem erkennen, dass innerhalb jener insgesamt 45% „weißer“ Stimmen (für die DP und ihren Kandidaten) eine Altersgruppe mit einem höheren Stimmenanteil ausgewiesen ist: das betrifft die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen, die hier mit 51% vertreten sind.

Themen Gesundheitsfürsorge, Wohnen

Die Befragungen haben insbesondere ergeben, dass für die Wähler der DP (d.h. auch für die vorgenannte Gruppe!) das Generalthema „Wirtschaft“ oberste Priorität hatte – konkretisiert in mehreren Einzelthemen, die im Folgenden verdeutlicht werden. Hier ist jetzt hinsichtlich der beiden Lager interessant, wie weit die diesbezüglichen Befunde auseinanderdriften. Während die Wähler der DP auf die Frage: „Machen Sie sich Sorgen, dass die wirtschaftliche Krise Ihrer Familie Schaden zufügt?“ in der Mehrheit mit „Sehr besorgt“ bzw. „Einigermaßen besorgt“ geantwortet haben, ergaben sich bei den Wählern der RP zu dieser Frage exakt gegenteilige Meinungen: Hier lauteten die Antworten „Nicht sehr besorgt“ bzw. „Überhaupt nicht besorgt“. In diesen Befragungen wurde

lediglich ein konkretes Thema zur Situation der Haushaltsnettoeinkommen der Familien angesprochen – das betraf die Kosten für die (eigene) Gesundheitsfürsorge. Auch hier kann das gleiche Auseinanderdriften der jeweiligen Befunde aus beiden Lagern festgestellt werden. Auf die Frage: „Sind Sie besorgt über die Kosten der Gesundheitsfürsorge?“ antworteten 62% der DP-Wähler mit „Ja“ und 58% der RP-Wähler mit „Nein“. Offenkundig sind die Lebensumstände der beiden befragten Wählergruppen durch erhebliche Unterschiede geprägt – Unterschiede die sich deutlich niederschlagen bei den Ausgabenpositionen in den jeweiligen Familien- bzw. Haushaltsbudgets.

In einer neueren Untersuchung zur Frage eines angemessenen Lebensstandards für arbeitende Familien – veröffentlicht vom überparteilichen *Urban Institute* (Washington DC) – wird folgendes mit Blick auf die metropolitanen US-Regionen festgestellt: „Die Hälfte aller Arbeitnehmer-Haushalte mit [Jahresnetto-] Einkommen zwischen \$19.000 [= 14.123,27 €] und \$37.000 [= 27.874,87 €] geben mehr als 30 Prozent ihres Monatseinkommens für [den Posten] Wohnen aus; und 15 Prozent [dieser Haushalte] geben dafür mehr als 50 Prozent aus. Wenn der Ausgabenposten Wohnen einen solch großen Anteil am monatlichen Einkommen der Familien verbraucht, bleibt ihnen wenig übrig für andere wesentliche Bedarfsposten wie Lebensmittel, Gesundheitsfürsorge und Kinderversorgung. Und sie riskieren Zwangsräumung und mögliche Obdachlosigkeit, wenn sie versäumen die Miete zu zahlen oder die Rate für die aufgenommene Hypothek. Aber die Kosten fürs Wohnen variieren breit an den betreffenden Märkten. Das Ungleichgewicht zwischen den Löhnen/Gehältern und den Wohnkosten ist am größten in den am meisten prosperierenden metropolitanen Räumen – wo der Zuwachs an Wohnangeboten nicht Schritt hält mit dem Zuwachs an Arbeitsplätzen und Bevölkerung.“³

* Teil 1 war in den der Ausgabe Nr. 12/2008 veröffentlicht worden und umfasste die folgenden Teile: „Bekräftigung sowohl der Vielfalt wie auch des noch nie dagewesenen Ausmaßes der Bürgerbeteiligung“ • Wahlanalyse von Lara Carlsen – The Huffington Post, 11. November 2008, Obama und die Minderheiten-Mehrheit • Stellungnahme in ‚Columbia's free weekly‘, 11. 11.2008, Städte: Bürgermeister Bob Coble, Hoffnung für die Wirtschaft • 7. November

2008, Stellungnahme zur Wahl Barack Obamas Netzwerk „Vereinigt für Frieden und Gerechtigkeit“ • Dachverband der US-Gewerkschaften AFL-CIO, Präsident John J. Sweeney, „Bleibt jetzt nicht stehen“

Teil 3 wird in PB-2/2009 veröffentlicht werden: Bis zu seinem Amtsantritt am 20. Januar 2009 wird das bereits jetzt in groben Zügen erkennbare Regierungsprogramm des neugewählten

US-Präsidenten ganz konkret vorliegen. Es soll daher dann der Frage nachgegangen werden, inwieweit es den Netzwerken und basisdemokratischen Kräften, die Obama unterstützt haben, gelungen ist, sich mit ihren jeweiligen Zielsetzungen und Forderungen dort einzubringen. Hier wird u. a. von großer Bedeutung sein, ob der ‚Employee Free Choice Act‘ in der von den US-Gewerkschaften geforderten Fassung alsbaldige Gesetzeskraft erlangt.

Thema Transportwesen

Innerhalb der Interessenkoalition spielen (neben den beiden Ausgabenpositionen für Gesundheitsfürsorge und Wohnen) vor allem auch die Ausgaben für die eigene Mobilität eine entscheidende Rolle: Die Diskussion ist bestimmt von dem Faktum, dass einerseits die in den letzten Jahren ständig angestiegenen Spritkosten zum Verzicht auf Nutzung bzw. zum Verzicht auf Neuanschaffung eines eigenen Pkw geführt haben. Und dass andererseits der massenhafte Wechsel auf das billigere bzw. erschwinglichere öffentliche Transitnetz alle Unzulänglichkeiten dieses bislang vernachlässigten Sektors drastisch offengelegt hat. Das betrifft vor allem die Transportkapazität und die Netzreichweite für den Pendlerverkehr. Weil aber der Umstieg vom Individualverkehr auf den öffentlichen Nahverkehr hinsichtlich des zur Verfügung stehenden monatlichen Haushaltsnettoeinkommens auf jeden Fall enorm kostensenkend wirkt, genießt seine Sanierung und sein Ausbau große Popularität innerhalb der Interessenkoalition.

Zwei Berichte (2006, 2007) zu den Ergebnissen entsprechender Studien im Nachrichtenorgan der US-Initiative *Light Rail Now* lassen erkennen wie die Diskussion innerhalb der Interessenkoalition ihre Hauptthemen – und hierzu zählt selbstredend auch das Thema Arbeitsplatz! – längst miteinander zu verknüpfen weiß: „Eine transitori-

enterte Raumplanung/-entwicklung kann den Bedürfnissen der arbeitenden Familien durch die dadurch mögliche Beschaffung von erschwinglichem Wohnraum und/oder den dadurch möglichen besseren Zugriff auf Arbeitsplätze Rechnung tragen. (...) [Zitat aus der ersten Studie:] ‚Wir sind der Meinung, dass Firmen, die in urbanen Räumen mit Transitsystemen angesiedelt sind, solange keiner Subventionen würdig sind bis die Arbeitsplätze über den öffentlichen Transit erreichbar sind und diese in einer für Pendler kostengünstigen Entfernung von erschwinglichem Wohnraum liegen‘ (...) Einer zweiten Studie ... zufolge geben amerikanische Haushalte, die sich in der Nähe von ‚gutem Transitzugriff‘ befinden, gerade mal 9% ihres Nettoeinkommens für den Ausgabenposten Transport aus – verglichen mit 19%, die der Durchschnittshaushalt ansonsten dafür ausgeben muss.“⁴

Ergänzend zu den Angaben in der anschließend wiedergegebenen Übersicht des *Progressive States Network* lassen sich folgende Resultate von zehn Volksabstimmungsinitiativen am 4. November 2008 betreffend das Thema Transit/Transportwesen aus einer aktuellen Liste von *Light Rail Now!* entnehmen: acht Initiativen (in Honolulu, Sacramento, Sonoma-Marin Counties, Kalifornien, Seattle, Los Angeles, San Jose und Albuquerque) waren erfolgreich; zwei Initiativen (Kansas City, St. Louis) konnten keine Mehrheit er-

zielen. Wie die unten wiedergegebene Übersicht sehr anschaulich verdeutlicht, birgt die US-Gesellschaft auf ihren bundesstaatlichen Ebenen sowie insbesondere auf ihren lokalen Ebenen (in den eher ländlichen Gebieten) Elemente der direkten Demokratie, die die dortigen Bürger sowohl mit projektbezogener Finanzhoheit ausstattet wie auch mit dem Recht der diesbezüglichen Mandatserteilung an die betreffenden gesetzgebenden Körperschaften. Wie allein schon das u.a. Beispiel der überwältigenden Zustimmung (74% aller abgegebenen Stimmen!) zu den 22 kommunalen Volksabstimmungs-Initiativen in Wisconsin betreffend die Einrichtung eines garantierten und erschwinglichen Gesundheitswesens beweist, kann die Interessenkoalition auf diesem Wege und über solche Themen Zugewinne im republikanischen Lager erzielen und dergestalt jene eingangs angesprochene gegenwärtige politische Spaltung der US-Zivilgesellschaft auf mittlere bis längere Sicht überwinden.

Hunno Hochberger

Quellen;

- (1) CNN Election Center 2008 – Results, President
- (2) CNN Election Center 2008 – President Exit Polls; U.S. House – National Exit Poll (eigene Übersetzung)
- (3) The Urban Institute. Gregory Acs, Margery Austin Turner/Making Work Pay Enough – A decent Standard of Living for Working Families. New Safety Net Paper 1, July 2008; S. 2 (eigene Übersetzung)
- (4) Light Rail Now! NewsLog – 05.04.2006 und 06.07.2007 (eigene Übersetzung)

„In der Dienstags-Wahl: Siege für die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Bundesstaaten“

Jenseits der Siege, die die fortschrittlichen Kräfte im Zuge der Präsidentschaftswahlen auf der föderalen Ebene verzeichnen konnten, kam es am 4. November 2008 in vielfacher Weise auch auf der innerbundesstaatlichen Ebene zu einem durchschlagenden Sieg für die fortschrittlichen Kräfte. (...) Viertens, abgesehen von wenigen aber wichtigen Ausnahmen wurden rechtsgerichtete Volksabstimmungs-Initiativen quer über das ganze Land mit überwältigender Stimmenmehrheit abgewiesen, und eine ganze Anzahl von fortschrittlichen Initiativen konnten Gesetzeskraft erlangen. (...) Die vermutlich klarste Botschaft ging aus von der Zurückweisung der Unmäßigkeit seitens der Großkonzerne, wie sie zutage trat in der Ablehnung jener Initiativen, die gegen Gewerkschaften bzw. gegen Steuern und gegen regulierende öffentliche Maßnahmen gerichtet waren. (...)

Siege für [Initiativen betreffend] Umwelt- und Transportwesen-Projekte: Im Angesicht des extremen Klimawech-



USA, Benutzerversammlung der Transit-Linie Perris-Valley-Line

sels und steigender Spritpreise wurden die Energieeinsparung bzw. das Transportwesen und die Kernpunkte erneuerbarer Energie zu populären Themen von Abstimmungsinitiativen. Während viele erfolgreich waren, erlitten einige wenige eine Niederlage – zumeist dort, wo ihre Fürsprecher gespalten waren über die Wirksamkeit der einzelnen Initiativen. (...) Die beiden Hauptabstimmungsinitiativen zum Transportwesen in Kalifornien haben einen knappen Sieg erzielt. Zur ersten der beiden, Antrag 1A, sagten

die Wähler ‚Volldampf voraus‘. [Hier werden öffentliche Anleihen für die Finanzierung der Hochgeschwindigkeits-Verbindung zwischen San Francisco und Los Angeles bewilligt/Verf.] (...) Die zweite Initiative, Antrag R von Los Angeles County, sieht die Erhöhung der Verkaufssteuer um einen halben Cent über einen Zeitraum von 30 Jahren vor zwecks Bereitstellung [des entsprechenden Finanzbedarfs/Verf.] ... für Investitionen in Großprojekte des Transportwesens. In Rhode Island stimmten die Wähler einem Antrag ▶

Der Israel-Palästina-Krieg fordert kritische Solidarität

Die breite Weltöffentlichkeit hofft, dass es zwischen dem Staat Israel und den politischen Organisationen der Palästinenser, die einen Staat bilden wollen, wenigstens zu einem Waffenstillstand kommt, und sogar aus dieser guten Hoffnung entsteht nichts als neuer Streit: um die Frage, wer Schuld hat und wer nachgeben muss, welcher Kriegspartei der Rücken zu stärken und wem Unterstützung zu entziehen sei. Dabei gerät aus dem Blick, dass beide kriegführenden Parteien in ihrer gegenwärtigen Verfassung keinen Frieden finden können. Aus den Kriegshandlungen, in die sie verstrickt sind, können sie nach aller geschichtlichen Erfahrung nur herauskommen, indem sie sich gegenseitig anerkennen. Politische Mächte existieren nicht im leeren Raum, sondern in Territorien. Wechselseitige Anerkennung von Staaten bedeutet wechselseitige Zuerkennung des Staatsgebiets.

Nach wie vor ist die Tendenz des Staats Israel zur Ausdehnung des Staatsgebietes vorhanden, dafür ist die Besetzung von Territorien und die fortdauernde Siedlungstätigkeit mehr als nur ein Beleg. Es gibt in Israel aber auch die Tendenz, um „Land für Frieden“ zu verhandeln.

Nach wie vor besteht bei politischen Organisationen der Palästinenser das Ziel, den Staat Israel auszulöschen. Dafür ist der militärisch völlig sinnlose, nur als Terror gegen Zivilbevölkerung wirksame Raketenbeschuss des israelischen Staatsgebietes ebenfalls mehr als nur ein Beleg. Die wachsende Reichweite und Tragkraft der Raketen macht sie zur existenziellen Bedrohung. Allerdings gibt es in Palästina ebenfalls eine Tendenz, sich auf Verhandlungen „Land für Frieden“ einzulassen.

Solche Verhandlungen werden kommen, aber sie werden umso schwerer und bitterer, je mehr Blut geflossen ist.

In ihrer gegenwärtigen schweren Bedrängnis haben beide Seiten Anlass, sich auf ihr Recht zur Selbstverteidigung zu berufen. Militärische Kampfhandlungen fordern Bereitschaft zum Töten und zum Sterben. Ihre Berech-

► zu, der dem Staat Kreditaufnahme [in Millionenhöhe/Verf.]... erlaubt zwecks Sanierung der... Transportinfrastruktur. Zu den Projekten, die aus diesen Mitteln finanziert werden sollen, gehören Reparaturarbeiten, Brücken- und Autobahnbau, Austausch/Erneuerung des öffentlichen Busfuhrparks und Ausbau einer Pendlerlinie. Die Wähler in den Puget Sound Counties im Bundesstaat Washington bewilligten ein ... milliardenschweres Paket zwecks Ausbau des Transportwesens, das durch eine 5%-Anhebung der Verkaufssteuer finanziert wird. Es soll den Bus- und Bahn-Service sanieren und ausbauen. (...)

Zurückweisung der Anti-Abtreibungs-Initiativen, aber gleichzeitig Niederlagen bei Initiativen für Schulen-Rechte: Drei unterschiedliche Initiativen, die die Einschränkung der Möglichkeiten zur Durchführung von Abtreibungen bzw. des betreffenden Entscheidungsrechts der Frauen zum Ziel hatten, wurden niedergestimmt. [Kalifornien, Süd-Dakota, Colorado/Verf.] Als politisch negativste Resultate dieser Wahlnacht ergaben sich aus der Hand der abstimmenden Wähler weitere Einbußen für die schwulen Mitbürger und gleichgeschlechtlichen Paare bei ihren Grundrechten. [Arizona, Kalifornien, Florida, Arkansas/Verf.]

Öffentliches Gesundheitswesen: Die Wählerunterstützung für eine Reform des Gesundheitswesens wurde über das gesamte Land hinweg offenkundig: Die Abstimmungsberechtigten in Montana haben die Initiative 155 ‚Gesunde Kinder in Montana‘ befürwortet, die durch eine Kombination von zentralstaatlichen und bundesstaatlichen Geldmitteln die Versorgung ausdehnt auf die meisten der nichtversicherten 35 000 Kinder dieses Bundesstaats. In Wisconsin fanden 22 lokale Initiativen überwältigende Zustimmung, die von der ‚Citizen Action of Wisconsin‘ und anderen Befürwortern organisiert worden waren mit der Maßgabe an die Gesetzgeber, bis Ende 2009 für alle Einwohner ein garantiertes und erschwingliches Gesundheitswesen einzurichten. Diese Initiativen erhielten in allen 22 Kommunen zusammengekommen 74 % Zustimmung. Die Referenden zum Thema Gesundheitswesen stellen den Gesetzgebern ein Mandat für Maßnahmen auf diesem Gebiet bereit – insbesondere auf Grundlage der Gesetzesvorlage ‚Healthy Wisconsin (Gesundes Wisconsin)‘, erlassen in 2007 vom Senat des Bundesstaats Wisconsin – seinerzeit jedoch blockiert vom republikanisch geführten dortigen Kongress. (...) In Missouri stimmten die Wähler für Antrag B, der die Einrichtung einer für die Qualität der häuslichen Gesundheitsfürsorge zuständi-

gen Stelle vorsieht. Diese soll diejenigen, die solcher Fürsorge bedürfen, mit deren Anbietern durch Schaffung eines landesweiten Arbeitskräfteregisters besser in Verbindung bringen. Der Antrag hat zum Ziel, die Fluktuation der Beschäftigten zu reduzieren und den häuslichen Pflegekräften zu erlauben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Wähler im Bundesstaat Washington gaben der Initiative 1029 eine überwältigende Zustimmung. Hierbei geht es um die landesweite bzw. vom Bundesstaat getragene Ausbildung, Prüfung und Zertifizierung von Langzeitbeschäftigten/Dauerbeschäftigten im Gesundheitswesen. (...)

Gemischte Abstimmungsergebnisse für Initiativen zum Thema Immigration bzw. positive Diskriminierung: Während Immigration das Streitthema in der politisch aufgeladenen Wahlaison war, schafften überraschenderweise nur wenige Initiativen eine Platzierung auf dem Wahlzettel. Von denen, die diese Platzierung geschafft hatten, erlitten die meisten eine Abstimmungsniederlage. (...) Ward Connerly's Kampagne, Nutzen zu ziehen aus der Ächtung von Maßnahmen positiver Diskriminierung, dauert an. Die Wahlberechtigten in Nebraska haben zwar einer Initiative zur Ächtung der positiven Diskriminierung zugestimmt. Aber dieses Abstimmungsergebnis sieht sich einer gerichtlichen Anfechtung von denjenigen Bürgern ausgesetzt, die die Echtheit der Unterschriften, welche für den Zweck der Platzierung auf dem Abstimmungszettel gesammelt wurden, in Frage stellen. Ward Connerly, der eine ähnliche Initiative in Colorado gesponsert hat, hatte solche Initiativen auch in anderen Bundesstaaten am Laufen – ihre Platzierung auf dem Abstimmungszettel wurde jedoch wieder entfernt, wegen Unterschriftenbetrug. Der Ausgang der betreffenden Colorado-Initiative ist noch ungewiss. Bei Zustimmung würde sie die Ungleichbehandlungs-Effekte im Rahmen der positiven Diskriminierung an den öffentlichen Universitäten kaputt machen und Programme treffen, die Kleinunternehmen im Eigentum von Frauen und Minderheiten fördern. Im Falle, dass diese Initiative abgelehnt wird, wäre Colorado der erste Bundesstaat, in dem ein Versuch der Ächtung der positiven Diskriminierung zurückgewiesen wird.“

Quelle: Progressive States Network. National Change State by State. – hier. Increasing democracy... State progressive victories from november 2008's election...; www.progressivestates.org/node/22250 – (eigene Übersetzung); weitere dazu verwendete Quellen: Ballotpedia. The citizens powered encyclopedia to direct democracy – 2008 ballot measure election results; Elizabeth Garret, Mathew D. McCubbins/ When Voters Make Laws: How Direct Democracy is Shaping American Cities (keine Vlg.s.angabe, 7.1.2009)

tigung muss unentwegt politisch und ideell bekräftigt werden, sonst brechen sie zusammen.

Für die Kriegsparteien sind, besonders im modernen Krieg, der in einer medial vernetzten Welt geführt wird, Zustimmung und Zuspruch aus der zivilen Welt unerlässlich.

Auf diese Gegebenheiten wirken die Solidaritätsbekundungen, die in diesen Tagen weltweit ablaufen. Es geht dabei um Frieden oder wenigstens Waffenstillstand, aber fast nie ohne Engagement für die eine oder andere Kriegspartei. Dafür sorgen schon ideengeschichtliche Gründe. Politische Traditionen haben die Tendenz, die Konstellation, in der sie entstanden, zu überleben.

In der politischen Meinungsbildung der Linken wird der Krieg zwischen dem Staat Israel und den politischen Organisationen der Palästinenser weithin in der Tradition der Revolutions- und Befreiungskriege gesehen, die darauf zielten, überholte politische Strukturen aus der Welt zu schaffen und dies auch tatsächlich erreichten (wer spricht heute noch vom Gottesgnadentum der Könige?).

Nachdem die Anti-Hitler-Koalition dem Morden Nazi-Deutschlands ein Ende gesetzt hatte, wurde die Gründung des Staates Israel durch die Vereinten Nationen anerkannt. Der neue Staat galt in der öffentlichen Meinung der westlichen Welt als Vorposten der Zivilisation. Bewässerung der Wüste. Tragfähige soziale Einrichtungen. Politische Demokratie, alles in allem ein Gegenbeispiel zu abgelebten Überbleibseln des untergegangenen Osmanischen Reiches.

In den sechziger Jahren kam diese Beurteilung ins Wanken. Die Westmächte führten eine Reihe von Kriegen gegen Befreiungsbewegungen. Der Gegensatz von Imperialismus / Antiimperialismus beherrschte die politische Diskussion, in der es zum Beispiel um ein Ende des Vietnamkriegs durch militärischen Rückzug der Westmächte, vor allem der USA gegangen war.

In dieser Konfliktlage erschien der Staat Israel als Vorposten der Westmächte im Nahen Osten, und tatsächlich handelte der Staat Israel, auch wenn es Spannungen gab, doch durchgehend im Bündnis mit den USA.

Die Organisationen der Palästinenser verstanden sich als Teil der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, die in dieser Zeit gegen die koloniale Beherrschung der Welt und gegen die alte, rückständige Ordnung im eigenen Land kämpften.

Diese Konstellation besteht

heute nicht mehr. Aber die politischen Kategorien bestehen noch und verstellen den Blick dafür, dass dieser Konflikt ganz gewiß nicht mit dem Sieg einer Seite oder eines Prinzips enden kann; so wie etwa die alten Kolonialmächte das Prinzip der Unabhängigkeit einseitig anerkennen mussten.

In dem Krieg, von dem hier geredet werden muss, geht es um eine Lage, in der die wechselseitige Anerkennung, also ein Minimum an politischer Stabilität auf beiden Seiten, zur Voraussetzung politischer Entwicklung geworden ist. Neben der Klärung der Grenzen des Territoriums, erfordern die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Regelungen für eine ungewöhnlich enge Zusammenarbeit der beiden Staaten, neben der Zweitstaatlichkeit, geht es um Autonomie oder irgendwelche Regelungen für Minderheiten, grenzübergreifende Verträge zum Verkehr von Menschen und Gütern, eine ganze Latte von Einzelheiten staatlicher Nachbarschaft, die so langweilig klingen und für das tagtägliche Leben so wichtig sind, muss ausgearbeitet und durch erfolgreiche Praxis gefestigt werden.

Trotzdem werden die beiden Parteien nicht zu einer gemeinsamen Verfassung finden, sie müssen ihre wechselseitige Verschiedenheit hinnehmen und regulieren.

Aus diesem politisch wohl kaum bestreitbaren Sachverhalt folgt die Vermutung, dass die linke Diskussion hierzulande bestimmte Zuschreibungen aufgeben müsste, die aus einer anderen Zeit kommen. Die politischen Organisationen der Palästinenser werden als

Speerspitze des antiimperialistischen Kampfes falsch interpretiert, und der Staat Israel ist nicht der Vorkämpfer der Zivilisation.

Der Staat Israel wird über kurz oder lang Auskunft über die Grenzen geben, die er sich verbindlich zieht, und über die Rechte, die er nichtjüdischen Minderheiten innerhalb dieser Grenzen einräumen will.

Die politischen Organisationen der Palästinenser werden erklären, dass und innerhalb welcher Grenzen sie den Staat Israel anerkennen und dass sie seinen Bestand soweit garantieren, dass sie Gewalthandlungen unterbinden, die von ihrem Territorium ausgehen.

Bei solchen Gegebenheiten angesichts von Kampfhandlungen von „bedingungsloser Solidarität“ zu reden, macht es den tatsächlich Leidtragenden auf beiden Seiten nicht gerade einfacher, sich auf den Weg zu Verhandlungen zu begeben und über weiterführende Zugeständnisse nachzudenken.

Und es sind die jetzt verbissenen kriegführenden Parteien, die politisch tragfähige Lösungen finden müssen. Die Tatsache, dass die politischen Gegebenheiten im Nahen Osten durch die Erfahrung von Kolonialismus, Faschismus und Imperialismus geprägt sind, also keineswegs nur durch Konflikte zwischen den Kriegsparteien, führt zu einer Internationalisierung der Verhandlungen, im Hintergrund schwebt die Vorstellung der Konfliktlösung durch Intervention. Das wäre der Weg in immer tiefere Verstrickungen, die Konfliktparteien würden zu Haudegen fremder Interessen degradiert.

Angesichts der schrecklichen Ereignisse will diese Stellungnahme nicht dafür plädieren, abwartend bei Seite zu treten. Wahrscheinlich tragen jene Kräfte und Bewegungen, die sich für offene Grenzen Europas und der BRD und für die Gewährleistung der Menschenrechte von Flüchtlingen einsetzen, erheblich zur Entlastung derartiger Konflikte bei, in Deutschland vielleicht noch wichtiger ist die Anerkennung der Existenzberechtigung jüdischen Lebens und damit verbunden seiner Teilnahme am Kampf um die öffentliche Meinung im Lande.

Auf Grund der geschichtlichen Gegebenheiten, zu denen die politischen Traditionen zählen, sind parteinehmende Meinungsäußerungen und Bekundungen bedingungsloser Solidarität unvermeidlich.

In solchen Aktivitäten lassen sich leicht Meinungsäußerungen finden, die einen Frieden unmöglich- ▶



Oben: Unter Staatsschutz anrückende Siedler
Unten: Kassam Raketenstellung

►lich machen. Sie prägen, um ehrlich zu sein, sogar das Bild.

Viel weniger auffällig erscheinen Punkte, die auf einen Ausgleich hinführen. Und doch: Von Seiten der Politik und der öffentlichen Meinung Israels gehen viele Signale aus, die darauf hindeuten, dass eine Einstellung der Raketenangriffe und eine ausdrückliche Ächtung von Selbstmordattentaten die Lage grundsätzlich ändern würde. Umgekehrt würde eine Beendigung der Siedlungstätigkeit durch den Staat Israel in der politischen Meinungsbil-

dung der Palästinenser einiges bewegen. Die geschichtliche Entwicklung des Konfliktes ist so verwickelt und schwierig, dass seine Lösung von den unmittelbar Beteiligten ein ungeheures Einfühlungsvermögen und eine ganz ungewöhnliche Bereitschaft und Fähigkeit zur klugen, schrittweisen politischen Lösung verlangt, die Schwierigkeiten bei der Eindämmung von Krieg und Gewalt sollten also nicht als Beweis der politischen Unreife der einen oder der anderen Seite genommen werden. *Martin Fochler*

Europäischer Gerichtshof

Ausländerzentralregister verstößt gegen Diskriminierungsverbot

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 16.12.08 entschieden (Az. C524/06), dass das deutsche Ausländerzentralregister gegen das Gleichbehandlungsgebot und den Erforderlichkeitsgrundsatz verstößt.

Das Ausländerzentralregister (AZR) – 1953 in Köln geschaffen, aber erst 1994 auf eine gesetzliche Grundlage gestellt – erfasst inzwischen die Datensätze von fast 24 Millionen Menschen. Damit ist es eine der größten staatlichen Informationssammlungen in Deutschland überhaupt. Sie versetzt die Behörden in die Lage, Entscheidungen, etwa über Polizeimaßnahmen, Abschiebung etc. durch Direktabruf der gespeicherten Daten ohne Heranziehung der Akten treffen zu können. Eingespeichert werden die Fahndungsdaten aus INPOL und dem Schengener Informationssystem; gespeichert werden auch Verdachtsdaten, die z.B. die Geheimdienste liefern. Direkten Online-Zugriff auf die Datenbank haben rund 6.000 Stellen, darunter u.a. alle Ausländerbehörden, Polizei, Zoll, Geheimdienste, Staatsanwaltschaften, die Bundesagentur für Arbeit usw. Jede dieser Behörden kann im AZR nach einem Menschen ohne deutschen Pass per Suchvermerk-Ausschreibung fahnden lassen. Unter dem harmlosen Begriff „Gruppenauskunft“ werden der Polizei und Geheimdiensten Rasterfahndungen ermöglicht. Insbesondere die sogenannten Sicherheitsbehörden können den teilweise hochsensiblen Datenbestand ohne effektive Kontrollen abrufen und nutzen. 2001 hatte das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde abgelehnt mit der Begründung, die Beschwerdeführer müssten zunächst vor die Untergeordneten ziehen. Einer, der Österreicher Heinz Huber, tat genau das und klagte vor dem Verwaltungsgericht Köln auf Löschung seiner im AZR gespeicherten Daten. Er bekam Recht, doch die Bundesregierung legte Berufung ein. Die nachfolgende Instanz allerdings hielt das Ausländerzentralregister für

grundgesetzwidrig und legte die Frage dem Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung vor.

Das jetzt ergangene Urteil ist, trotz Einschränkungen, ein Erfolg. Dem EuGH zufolge rechtfertigen Gründe der „inneren Sicherheit“ nicht, Informationen nur über Nichtdeutsche systematisch zu sammeln und elektronisch verfügbar zu halten. Das verstößt gegen das Diskriminierungsverbot und damit gegen das Gemeinschaftsrecht. Das bedeutet in der Konsequenz, dass die Bundesregierung zumindest für EU-Staatsangehörige den Sicherheitsbehörden eine systematische Datensammlung und –abfrage verwehren muss. Ein zentrales Ausländerregister, so das Gericht, dürfe nur solche personenbezogenen Daten erhalten, die zur Anwendung aufenthaltsrechtlicher Vorschriften unbedingt erforderlich seien. Statistische Zwecke erforderten lediglich eine anonymisierte Erfassung und keine personenbezogenen. Auch rechtfertigten ausländerrechtliche Zwecke ein Zentralregister nur, wenn die gespeicherten Angaben wirklich zu diesen Zwecken benötigt werden (derzeit werden mehr Angaben gespeichert) und wenn nicht ein dezentrales Register ebenso effektiv ist. Inwieweit das AZR mit diesen Vorgaben vereinbar ist, sollen nun die deutschen Gerichte entscheiden.

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit begrüßte das Urteil und forderte die unverzügliche Löschung aller Daten von Unionsbürgern, die nicht zur Durchführung aufenthaltsrechtlicher Maßnahmen erforderlich seien. Bürgerrechtler gehen einen Schritt weiter und fordern die Abschaffung des Ausländerzentralregisters.

Christiane Schneider

Der italienischen Hilfsorganisation Fortress Europe zufolge starben im Jahr 2008 mindestens 1.502 Flüchtlinge an den Grenzen der Europäischen Union. Das sind zwar weniger als 2007, doch die Zahl der bekannten Todesopfer bei Flüchtlingsfahrten von Nordafrika über das Meer nach Sizilien und Lampedusa stieg von 556 im Jahr 2007 auf 642. 216 Flüchtlinge ertranken in der Meerenge von Gibraltar, 136 vor den Kanarischen Inseln, 181 in der Ägäis. 267 Flüchtlinge kamen im nordafrikanischen Wüstengebiet in Lastwagen versteckt oder auf Adria-Fähren ums Leben oder wurden von Grenzpolizisten erschossen. Insgesamt starben dem Bericht zufolge seit 1988 mindestens 13.351 Einwanderer, unter ihnen 5.131 Bootsflüchtlinge.

Berlusconi: „Weniger Flüchtlinge, mehr Gas“

In Absprache mit der Bundesregierung hat die Berlusconi-Regierung neue Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr vor der libyschen Küste eingeleitet. Noch im Januar soll eine abschließende Übereinkunft mit Libyen getroffen werden, nach der Libyen in großem Umfang aus Italien abgeschobene afrikanische Flüchtlinge aufnimmt – das tut die libysche Regierung zwar bisher auch schon, aber nicht in dem von Italien verlangten Umfang. So griffen Frontex-Trupps im vergangenen Jahr während der Aktion „Nautilus 2008“ laut Statistik 18.419 Flüchtlinge auf. Ziel war zunächst, sie in libyschen Gewässern festzusetzen und sie in libysche Häfen zu verbringen, um sie dort den Behörden zu übergeben. Die weigerten sich jedoch, das soll sich nun ändern. Zukünftig sollen nach italienischen und EU-Vorstellungen Flüchtlinge, die im Boot aufgebracht werden, ohne Ausnahme nach Libyen zurückverschoben werden. Was das heißt, darüber geben verschiedene Berichte von Journalisten und Hilfsorganisationen Aufschluss: Die Behörden zwingen Flüchtlinge, die sie vor der Küste aufgreifen, zu Hunderten in Container und verfrachten sie in Lager mit menschenunwürdigen Internierungsbedingungen z.T. mitten in der Wüste. Entkommene Flüchtlinge berichten, wie sie zu 78 in Zellen von 6x8 m zusammengepfercht wurden. Hunger, Misshandlungen, Vergewaltigungen und Menschenhandel seien an der Tagesordnung. Einigen Journalisten gelang es, einige eritreische Flüchtlinge im Gefängnis Misratah am Meer, 210 km östlich von Tripolis, zu interviewen, die dort z.T. schon zwei bis drei Jahre hinvegetierten, oft in überfüllten Zellen ohne Fenster. Einige Flüchtlinge war im Rahmen



des UNHCR-Weiterwanderungsprogramms die Ausreise in europäische Länder oder nach Kanada gelungen, die allermeisten haben keine Perspektive außer der Flucht, die aber nur manchen gelingt. – Das neue Abkommen zwischen Italien und Libyen wird wahrscheinlich schon ab Januar für Massennachschub in die libyschen Lager suchen, mithilfe der mächtig aufgerüsteten Grenzagentur Frontex. Das Abkommen bringe, triumphierte Berlusconi, aber nicht nur „weniger illegale Einwanderer“, sondern auch „mehr Erdgas“ aus Libyen. (Quelle: <http://www.borderline-europe.de>)

Lega Nord: Ärzte sollen Illegale denunzieren

Die Ärzte in Friaul-Julisch Venetien laufen Sturm gegen die Forderungen der in der Region regierenden Lega Nord zur Bekämpfung illegalisierter Einwanderer. Sie sollen verpflichtet werden, kranke Flüchtlinge ohne Aufenthaltsgenehmigung, die zur Behandlung kommen, anzuzeigen. Außerdem müssten „nicht dringende Therapien“ unverzüglich gestoppt werden. Die Ärztekammer erklärte: „Wir sind empört. Wir werden illegale Immigranten nicht denunzieren, weil dies den moralischen Vorschriften unseres Berufs widerspricht.“ Die Forderung wider-

spreche dem universalen Prinzip des Rechts auf Gesundheit. (Quelle: Standard, 8.1.09)

Anhaltende Diskriminierung von Roma in Kosovo – keine Massenabschiebungen!

Seit längerem wird die „freiwillige Rückkehr“ von Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, staatlich gefördert. „Freiwillig“ allerdings ist an einer solchen Ausreise nur, dass sie der Abschiebung zuvorkommt. Eine wirklich freiwillige Rückkehr lassen die Verhältnisse in vielen Herkunftsländern nicht zu. So auch im Kosovo, wie eine jüngst veröffentlichte Studie von Pro Asyl zeigt. Von einer auch nur annähernd selbsttragenden Entwicklung in diesem Protektorat der EU kann nicht die Rede sein. Es gibt kaum Arbeit. Die meisten versuchen mit wenig Geld, ein kleines Geschäft zu betreiben, um das Überleben der Familie zu sichern. Wer als Rückkehrer zusätzlich auf den Markt drängt, hat schlechte Karten, vor allem, wenn er ohne Mittel zurückkehrt. Bislang sind zwar die mehrere zehntausend Kosovo-Roma und einige hundert Kosovo-Serben von Abschiebungen ausgenommen. Doch ihre Verbände und NGOs fürchten, dass die Abschiebungen von Roma in diesem Frühjahr beginnen. Gerade

Roma aber haben wegen anhaltender Diskriminierung praktisch keine Chance, eine Arbeit zu finden. Auch die Unterbringungsproblematik ist, wie der Lagebericht einer Schweizer Flüchtlingsorganisation enthüllt, ungelöst. Viele Roma, die 1999 aus ihren Häusern vertrieben wurden, leben immer noch in menschenunwürdigen Lagern. Das gilt insbesondere für die bleiverseuchten Lager in der Umgebung von Mitro-

vica. Bisher wurden lediglich rund 200 der im und nach dem Krieg zerstörten Roma-Häuser wieder aufgebaut. Viele der nicht zerstörten Roma-Häuser wurden von anderen Familien besetzt. Da die meisten Vermieter keine Roma nehmen, mussten viele der Roma zwangsweise in ein Lager. Auch bei der Sozialhilfe werden Roma diskriminiert, so dass vielen ein Leben in absoluter Armut droht. Flüchtlingsräte und Roma-Organisationen fordern ein Aufenthaltsrecht für Roma in Deutschland. (Quelle: [Pro Asyl, http://www.roma-kosovo.info](http://www.roma-kosovo.info)/)

Schweiz: Flüchtlinge unter Tage

Weil man in der Erwartung, die Zahl von Asylsuchenden dauerhaft auf höchstens 10.000 drücken zu können, bestehende Infrastrukturen stillgelegt und Zuweisungen an die Kantone und Gemeinden runtergefahren hat, hat die Schweiz gegenwärtig erhebliche Probleme, die rund 16.000 Flüchtlinge unterzubringen. Deshalb ging die Regierung jetzt dazu über, Zivilschutzanlagen zu Notunterkünften umzufunktionieren. Die Flüchtlingshilfe der Heilsarmee bezeichnet die Maßnahme, die dazu führt, dass die Flüchtlinge 24 Stunden unter Tage, ohne Frischluft, mit Neonlicht als einziger Lichtquelle und unter dicken Betondecken leben, ein „Armutszeugnis“. Flüchtlinge mit Gefängnisserfahrung oder mit psychischen Problemen gerieten in eine ausweglose Situation. Die Belüftung verbreite Krankheiten, die Flüchtlinge könnten Tag und Nacht nicht mehr unterscheiden. Zudem sind die räumlichen Verhältnisse in den von privaten Sicherheitsfirmen bewachten Zivilschutzanlagen meist extrem beengt. In der Zivilschutzanlage einer Berner Schule z.B. leben 16 Männer in einem mit dreistöckigen Kajütenbetten und grauen Metallschränken ausgestatteten Bunkerraum (siehe auch Bild links).

(Quelle: NZZ, 7.1.09, www.swissinfo.ch)



Aktionen in Dresden gegen Naziaufmärsche am 13./14. Februar

DRESDEN. Rechtsextremisten aus ganz Europa mobilisieren für den 13. und 14. Februar 2009 erneut zu ihrem Aufmarsch nach Dresden. Der Aufmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 hat sich in den letzten Jahren zum größten regelmäßigen Treffen von Alt- und Neonazis entwickelt.

Der 13. Februar nähert sich mit großen Schritten und so langsam wird sichtbar, was dazu in Dresden geplant ist. Das bundesweite Antifabündnis „iNo pasarán!“ mobilisiert für den 14. Februar zu einer Bündisdemonstration unter dem Motto „iNo pasarán! Kein Ort für die Verdrehung der Geschichte!“ um 11 Uhr vor den Dresdner Hauptbahnhof. Die zivilgesellschaftliche Initiative Geh Denken hat sich die friedliche Verhinderung des größten Naziaufmarsches in Europa zum Ziel gesetzt und konnte dafür sehr viele Prominente gewinnen. Am 16. Dezember stellten sie ihr Konzept vor, das neben sternförmigen Demonstrationen auf beiden Seiten der Elbe auch ein große Popkonzert mit namhaften KünstlerInnen auf dem Schlossplatz einschließt. Die jüdische Gemeinde Dresden öffnet wie schon im vergangenen Jahr um 10 Uhr für einen überkonfessionellen Gottesdienst. Die CDU konnte und wollte sich inhaltlich bis jetzt nicht dem „Geh-Denken“-Aufruf anschließen und stellte am 17. Dezember durch Oberbürgermeisterin Helma Orosz ihr eigenes Konzept des stillen Gedenkens und Friedensgebeten an verschiedenen Orten vor. Als Begründung für diese Haltung muss einmal mehr die mehr als umstrittene Extremismustheorie des Chemnitzer Politologen Eckhard Jesse herhalten, die eine Gleichsetzung von Rechts und Links beinhaltet und die die CDU dazu veranlasst hat, auf Landesebene nicht mehr mit der Linken zusammenzuarbeiten. Inzwischen ruft der zweite Dresdner Vorbereitungskreis am 13. Februar 17 Uhr zu einer Kundgebung mit Livemusik von Egotronic und Frittenbude an der Altmarktgalerie auf. In einer Veranstaltungsreihe im Hörsaalzentrum der TU Dresden wollen sie sich auf mehreren Referaten außerdem mit deutscher Erinnerungskultur am Beispiel Dresdens auseinandersetzen.

www.addn.me

14. Februar: Bündisdemonstration unter dem Motto:

„iNo pasarán! Kein Ort für die Verdrehung der Geschichte!“

Um 11 Uhr vor den Dresdner Hauptbahnhof.



Gedenken an Oury Jalloh – Todesumstände bis heute ungeklärt

DESSAU. Zirka 150 Menschen gedachten am 7. Januar 2009 in Dessau bei eisiger Kälte der Opfer rassistischer Polizeigewalt. Anlass der Demonstration war der vierte Todestag von Oury Jalloh. Der 23-jährige Flüchtling aus dem westafrikanischen Sierra Leone war am 7. Januar 2005 in einer Dessauer Polizeizelle verbrannt. Bis heute sind die genauen Umstände seines Todes ungeklärt. Nach Polizeiangaben soll Jalloh die feuerfeste Matratze, auf der er lag, selbst angezündet haben. Menschenrechtsgruppen bezweifeln die Selbsttötungsthese. Tatsächlich war Jalloh zum Zeitpunkt seines Todes an Händen und Füßen gefesselt. Zwei Polizeibeamte, die sich wegen unterlassener Hilfeleistung vor Gericht verantworten mussten, wurden am 8. Dezember 2008 trotz widersprüchlicher Angaben freigesprochen. Der Vorsitzende Richter Manfred Steinhoff hatte den Prozess seinerzeit als „gescheitert“ erklärt und den beiden Polizisten gezielte Falschaussagen vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft legte wegen der Freisprüche bereits Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) ein. Mit der Verhandlung wird allerdings erst in einigen Monaten gerechnet.

Die migrationspolitische Sprecherin der Partei Die Linke im Bundestag, Sevim Dagdelen, fordert dagegen den Einsatz einer unabhängigen Untersuchungskommission. „Das muss die Lehre aus dem zur Farce verkommenen Ermittlungsverfahren im Fall Jalloh sein“, sagte Dagdelen in Berlin. Die Internationale Liga für Menschenrechte bereitet derzeit den Einsatz einer internationalen Expertengruppe vor. „Voraussichtlich im März soll die Kommission, die unter anderem aus Rechtsanwälten und Gerichtsmedizinern bestehen wird, ihre Arbeit

aufnehmen“, bestätigte der stellvertretende Liga-Vorsitzende Yonas Endrias gegenüber „junge Welt“. Es gebe erhebliche Zweifel am Willen zur Wahrheitsfindung und an der Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien im Umgang mit Rassismus, begründete die Organisation ihr Engagement. Das Gericht habe viele Indizien ignoriert, die auf eine andere Todesursache schließen ließen, so der Vorwurf der Menschenrechtsgruppe.

Das Netzwerk „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten“ bezeichnete den Tod Jallohs als ein „rassistisch motiviertes Verbrechen“. Im Vorfeld der jüngsten Gedenkdemostration hätten Polizei und Stadtverwaltung zudem versucht, die Teilnehmer zu kriminalisieren, indem sie vor „gewaltorientierten Personen und Gruppierungen“ warnten, kritisierte die „Karawane“ in einer Pressemitteilung. Der Tod des Asylbewerbers hatte auch international für großes Aufsehen gesorgt und Proteste ausgelöst.

<http://thevoiceforum.org>

Bild: www.umbruch-bildarchiv.de

Fällt das Bleiberecht der Rezession zum Opfer?

KIEL. Zehntausenden von Menschen, die aufgrund eines langjährigen Aufenthalts in Deutschland ein Aufenthaltsrecht im Rahmen der sogenannten Bleiberechtsregelung erhalten haben, droht im Jahr 2009 ein böses Erwachen. Ein Großteil derer, die zunächst von der Bleiberechtsregelung profitiert haben, hat die Aufenthaltserlaubnis nur auf Probe erhalten. Sie werden im nächsten Jahr nachweisen müssen, dass sie ihren Lebensunterhalt weitgehend aus eigener Kraft sicherstellen. Viele unter ihnen werden das auch im Land Schleswig-Holstein nicht schaffen können, insbesondere wenn die wirtschaftliche Rezession voll auf

prekäre Arbeitsverhältnisse durchschlägt. Deshalb fordern der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL jetzt, dass die Bleiberechtsregelung im Bezug auf die Lebensunterhaltssicherung entschärft wird. Bei Verabschiedung der beiden Teilbleiberechtsregelungen (eine durch die Innenministerkonferenz im Nov. 2006, eine andere in Form einer bundesgesetzlichen Regelung im Sommer 2007) war nicht absehbar, dass der Zeitpunkt, zu dem die Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe den gesicherten Lebensunterhalt nachweisen müssen, mit der größten Wirtschaftskrise seit vielen Jahrzehnten zusammentreffen würde.

Ende September 2008 hatten bundesweit mehr als 23.300 Menschen ihr Aufenthaltsrecht nach der Bleiberechtsregelung lediglich auf Probe. Das entspricht 44% der insgesamt (nach beiden Bleiberechtsregelungen) erteilten Aufenthaltserlaubnisse. In Schleswig-Holstein stagnieren die Zahlen: zum 30. September hatten 465 von 761 Antragstellern eine Aufenthaltserlaubnis erhalten (61%). Nachdem vielen der Betroffenen der Arbeitsmarktzugang durch Gesetzes- und Verordnungslage jahrelang versperrt war, finden sie nun in den von den Behörden zugestandenen knappen Fristen oft nur in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu Niedriglohnbedingungen Arbeit. Die sich auch in Schleswig-Holstein deutlich ankündigende Rezession gefährdet zusätzlich ihre Möglichkeit, schnell von Sozialleistungen unabhängig zu werden. Fünfzehn Monate nach Inkrafttreten der gesetzlichen Altfallregelung sind noch immer bundesweit zehntausend Anträge unbearbeitet. Alte, kranke, behinderte Menschen haben keine Chance.

www.frsh.de

Friedensorganisationen ächten Daimler/EADS

FREIBURG. Am 3. und 4. Dezember unterzeichneten mehr als einhundert Staaten die Convention on Cluster Munitions in Oslo. „Damit ist auch die DaimlerAG zum Handeln aufgefordert“, so Paul Russmann. Der Geschäftsführer der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben weist darauf hin, dass Daimler über seine 15-prozentige Beteiligung und weitere Stimmrechte größter Anteilseigner



an der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) ist. Die EADS, weltweit siebtgrößter Rüstungskonzern, ist am Multiple Launch Rocket System (MLRS) beteiligt. Der MLRS-Raketenwerfer wurde im Jahr 2006 seitens der israelischen Armee gegen Menschen im Südlibanon eingesetzt. Bis heute findet sich dort eine immense Zahl von Blindgängern, die auch lange nach dem Kriegsende Zivilisten verletzen oder töten. Zudem haben die russische und die georgische Armee im Südossetien-Konflikt 2008 beiderseits Streumunition eingesetzt. Dabei konnte durch Fotodokumente bewiesen werden, dass die georgische Armee über israelische Streumunitionswerfer verfügt, die auf Mercedes-Militär-Lkws des Typs Actros 3341 montiert sind. „Bis heute hat die Bundesregierung keine Aufklärung geleistet, wie die Mercedes-Militär-Lkws und die Streumunitionswerfer ins Kriegsgebiet gelangen konnten“, wirft Grässlin dem Bund vor. „Wir müssen in Deutschland Firmen ächten, die – wie Daimler/EADS – an Streumunition profitieren“, erklärt Jürgen Grässlin und kündigt an: „Wir werden die Kampagne ‚Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!‘ so lange fortsetzen, bis Daimler/EADS aus dem Geschäft mit dem Tod ausgestiegen ist.“ Aktions Schwerpunkte werden 2009 u.a. die Hauptversammlungen der Daimler AG und der EADS N.V. sowie die IAA in Frankfurt bilden.

www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de

Kein Frieden mit der NATO-Kriegspolitik

MÜNCHEN. Tausende von Kriegsgegnern und Kriegsgegnern werden auch 2009 Jahr wieder gegen die sogenannte „Sicherheitskonferenz“ demonstrieren. Mitte Dezember haben bereits mehr als 50 Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet den Aufruf zu den Gegenaktionen unterzeichnet. Claus Schreer vom Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus rechnet mit einer auch weiterhin starken Mobilisierung, da die Antikriegsproteste in München der Auftakt zu den internationalen Protesten gegen den NATO-Jubiläumsgipfel Anfang April seien. Zu der Zielrichtung der Aktionen sagte Schreer: „Unsere Proteste richten sich erstens gegen die NATO und ihre völkerrechtswidrigen Angriffskriege und zweitens gegen die ‚Sicherheitskonferenz‘, weil bei den Tagungen in München alle NATO-Militärinterventionen vorbereitet wurden“. Die Großdemonstration am Samstag, 7.2. wird vom Marienplatz aus über Glockenbachviertel und Altstadt zum Odeonsplatz führen.

Es schiebt sich etwas zusammen für Anfang April des nächsten Jahres: Am

2. April 2009 findet der G20-Gipfel in London statt, am 3. April abends steigt die große Gala der NATO-Regierungschefs in Baden-Baden, und am 4. April geht in Strasbourg die 60-Jahr-Feier der NATO über die Bühne. Auch die GegnerInnen von Kapitalismus und Krieg formieren sich europaweit, um die Events der Herrschenden und ihre Inszenierungen der Macht zu stören und zu behindern. Das Frühjahr 2009 könnte spannend werden.

<http://sicherheitskonferenz.de>

„Wir bezahlen nicht für eure Krise“ – Großdemonstrationen in Frankfurt und Berlin am 28.3.09

FRANKFURT A.M. Am 6. Januar 2009 trafen sich fast 100 Aktivisten von attac, der Gewerkschaftslinken, Studie-



ATTAC-Protest vor dem Bundestag in Berlin (2. Januar 2009). Foto: attac.de

renden- und Schülergruppen, lokalen Bündnissen gegen Sozialabbau und linken politischen Organisationen in Frankfurt. Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische Verdi“ war durch Sprecherratsmitglied Angelika Teweleit vertreten. Ziel des Treffens war es, ein Bündnis zu schmieden gegen eine weitere Umverteilung von unten nach oben und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung. Ergebnis des Treffens ist die Organisation von zwei Großdemonstrationen am 28. März 2009 in Frankfurt und Berlin, die als Teil von internationalen Protesten gegen den Weltfinanzgipfel in London Anfang April betrachtet werden. Bei einem weiteren Treffen am 8. Februar soll über Inhalt des Demoaufzugs, Mobilisierung und Planung diskutiert und entschieden werden.

www.netzwerk-verdi.de

Als Wirtschaftssubjekte müssen in der modernen Welt nicht nur die Reichen handeln. Auch auf die Lohnabhängigen kommen heutzutage Investitionsentscheidungen von erheblicher Tragweite zu. Wie löst man die Wohnungsfrage? Wie sorgt man für die Mobilität? Was tun für die Altersvorsorge? – Der unten dokumentierte Artikel aus der Mitgliederzeitschrift der Münchner Wohngenossenschaft WOGENO registriert angesichts der Finanzmarktkrise einen verstärkten Trend, Ersparnisse im eigenen sozialen Umfeld anzulegen. Dabei spielt selbstverständlich die „klassischen“ Fragen nach der „Rendite“ und der „Sicherheit“ eine Rolle, aber sie spielen eben nicht die einzige Rolle. Es geht auch um den sozialen Sinn der Investition und um die Teilhabe an den Entscheidungen über den Einsatz der Mittel.

Krise und Genossenschaftswirtschaft:

Dokumentiert, WOGENO-Rundbrief Nr. 42

Wie sicher sind WOGENO-Anteile?

Über 12 Mio Euro haben unsere Mitglieder in Form von Geschäftsanteilen bei der WOGENO angelegt. Die Anteile sind unter wohnenden und nichtwohnenden Mitgliedern breit gestreut. Dies zeugt von einem hohen Vertrauen gegenüber der eigenen Genossenschaft. In der aktuellen Krise der Finanzmärkte registrieren wir eine erhöhte Zeichnung weiterer Geschäftsanteile. Wir nehmen dies zum Anlass für einige Ausführungen zur Verwendung und Sicherheit dieser Einlagen.

Verwendung der Geschäftsanteile

Deutlich mehr als 90 Prozent der Geschäftsanteile wurden zur Finanzierung unserer Objekte eingesetzt. Bezogen auf unser gesamtes Anlagevermögen bilden sie das Eigenkapital, dessen Quote am Anlagevermögen aktuell deutlich über 40 Prozent liegt. Die

Bei WOGENO wär' das nicht passiert ...



restliche Finanzierung setzt sich aus öffentlichen Baudarlehen und Darlehen verschiedener Genossenschaftsbanken bzw. der Stadtsparkasse München zusammen.

Die Verwendung der gezeichneten Anteile kann man handfest in Form unserer Häuser in Augenschein nehmen. Doch sind die Häuser auch das Geld wert, das wir für sie aufgewandt haben?

Der Wert eines Wohnhauses orientiert sich zunächst am Markt. Obwohl

wir unsere Häuser ja nicht verkaufen wollen, können wir den Wert aller Objekte am Wohnungsmarkt in München spiegeln. Es zeigt sich dabei, dass all unsere Objekte – diese sind im Regelfall in gefragten Wohnlagen – verglichen mit den oft spekulativ überhöhten Marktpreisen stille Reserven aufweisen und damit als werthaltig anzusehen sind.

Lässt man den Marktvergleich nicht gelten, da ja ein Verkauf weder vorgesehen noch erwünscht ist, dann lei-

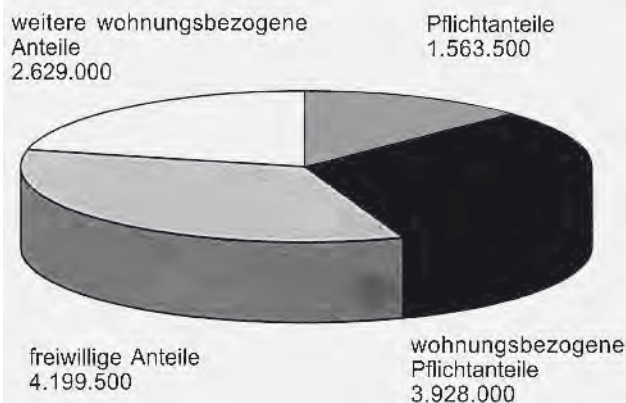
WOGENO: Weiterhin kräftiger Zuwachs beim Eigenkapital. Binnen der letzten zwölf Monate (von November 2007 bis November 2008) flossen der WOGENO 1.262.500 EUR (+ 11 %) aus neu gezeichneten Geschäftsanteilen zu. Dies ist bemerkenswert, weil im Jahr 2008 kein Objekt neu bezogen oder erworben wurde.

Der Zuwachs von 126 Mitgliedern in diesem Zeitraum ließ das Eigenkapital aus Pflichtanteilen um 189.500 EUR (+14%) anwachsen.

Hoch war erneut der Zugang freiwilliger Anteile nicht-WOGENO-wohnender Mitglieder: Ein Plus von 651.500 EUR (+18%). Ihre Quote an den gesamten Einlagen der WOGENO liegt leicht erhöht bei 34%. Die bereits WOGENO-wohnenden Mitglieder zeichneten weitere wohnungsbezogene Anteile in Höhe von 201.000 EUR (+8%) ... Somit stehen aus vorhandenen Beleihungsspielräumen und der derzeitigen Liquidität aktuell über 1 Million EUR Eigenkapital für neue Projekte und Modernisierungsmaßnahmen in bestehenden Objekten zur Verfügung.

Christian Stupka

WOGENO-Anteile November 2008 12.320.000 Euro



tet sich der Wert einer Immobilie aus ihren Erträgen, d.h. aus den Mieten ab. Man spricht hier vom Ertragswert. Da wir alle Objekte so finanzieren, dass aus ihren Erträgen die laufende Verzinsung der Finanzierungsmittel einschließlich der Genossenschaftsanteile erwirtschaftet wird, ergibt sich für jedes unserer Objekte ein positiver Ertragswert, d.h. das investierte Geld ist vorhanden und sicher angelegt.

Da sich dieser Wert direkt aus den Mieten ableiten lässt, liegt auch keine spekulative Überbewertung wie in den US-Immobilien vor.

Ein kleiner Teil der Geschäftsanteile steht uns als liquide Mittel zur Verfügung und wartet darauf, in neuen Objekten angelegt zu werden. Wir legen es konservativ als Festgeld für überschaubare Zeiträume an. Unsere Partner sind Banken, die als Mitglieder genossenschaftlicher Sicherungsfonds eine überdurchschnittliche Risikoversicherung zugunsten der Anleger betreiben.

Minimierung von Risiken

Natürlich sind wir Marktschwankungen ausgesetzt. Bei der Finanzierung betrifft dies insbesondere die wechselnden Zinskonditionen von Baudarlehen. Daher haben wir durchweg langfristige Zinsbindungen vereinbart. Für über 80 Prozent unserer Fremdmittel sind die Konditionen mit heutigem Stand noch für 5 bis 10 Jahre fixiert.

Aber auch gegen den „Verkauf“ von WOGENO-Darlehen an Dritte haben wir uns abgesichert. Von allen finanzierenden Banken haben wir schriftliche Zulagen, dass unsere Darlehen nicht einseitig an andere Institute veräußert werden.

Verlässliche Mieteinnahmen

Unsere Investitionen refinanzieren sich aus den Mieten. Aus den Mieter-

trägen bedienen wir Zins und Tilgung der Fremddarlehen, erwirtschaften die Gewinne für die Ausschüttung der Dividenden und bilden Rückstellungen für laufende und zukünftige Bauinstandhaltungen. Mietausfälle durch Leerstand und Zahlungsverzug sind bei der WOGENO im Branchenvergleich unterdurchschnittlich.

In München ist das Mietniveau in den letzten Jahren stark angestiegen. Kommt es zu einer Wirtschaftskrise, können die Mieten stagnieren und teilweise fallen. Derzeit liegen WOGENO-Mieten zwei bis drei Euro je Quadratmeter unter den Marktmieten. Wir gehen daher von weiterer Verlässlichkeit unserer Mieteinnahmen aus.

Hohe Bonität

In den jährlichen Berichten der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung wird der WOGENO immer wieder eine solide Geschäftspolitik bescheinigt. Dies macht sie zu einem verlässlichen Partner, insbesondere für die Kommune und für die finanzierenden Banken. Bei der Vergabe städtischer Grundstücke konnten wir stets die Vorgaben erfüllen, insbesondere den Nachweis über vorhandenes Eigenkapital erbringen. Für die Banken sind wir ein begehrter Darlehensnehmer, weil die Sicherheiten hoch sind. Dies drückt sich in günstigen Konditionen aus.

Gerade angesichts der Turbulenzen an den Finanzmärkten zeigt sich die Überlegenheit des Eigenwirtschaftsprinzips der WOGENO: In einem Solidarverbund engagieren sich alle Mitglieder durch die Zeichnung von Anteilen. Dieses Engagement ist die Basis für die Schaffung von Wohnraum für die Mitglieder. Die WOGENO-wohnenden Mitglieder garantieren mit ihren Mieten die Wirtschaftlichkeit der Objekte und damit die Sicherheit der Einlagen.

Christian Stupka / Richard Matzinger

Gefängnisessen

Mangelernährung vorprogrammiert

Ist eine ausreichende und gesunde Ernährung eines erwachsenen Menschen für 3,10 Euro täglich möglich? Diese Frage hat die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft in den gegenwärtigen Haushaltsberatungen und in zwei Kleinen Schriftlichen Anfragen an den Senat aufgeworfen.

3,10 Euro nämlich beträgt der Richtsatz für die Vollverpflegung der Gefangenen in den Hamburger Haftanstalten. Der Senat hat die kritische Nachfrage umstandslos bejaht und u.a. damit begründet, dass der Einkauf für Großküchen ermöglicht, erheblich preisgünstiger zu kalkulieren, als es private Haushalte können. Das trifft sicher zu. Dennoch: 3,10 Euro – das sind gerade mal 72% des Regelsatzes für



Küche aus der JVA Bremen,

Hartz-IV-Empfänger. Die 4,28 Euro, die diesen für die täglichen Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke zugestanden wird, reichen allen Untersuchungen zufolge bei weitem nicht für eine ausgewogene und gesunde Ernährung. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung zum Beispiel hatte in der Studie „Lebensmittelkosten im Rahmen einer vollwertigen Ernährung“ (April 2008) auf der Basis der Preisberechnungen für 2003 die notwendigen durchschnittlichen Ausgaben auf 43 Euro pro Woche veranschlagt, das sind 6,14 Euro pro Tag.

Wir hätten den Richtsatz von 3,10 Euro für die tägliche Vollverpflegung von Gefangenen deshalb gerne mit den entsprechenden Kalkulationswerten für eine beliebige Behördenkantine oder auch mit den Verpflegungssätzen für die Patienten der Universitätsklinik verglichen, also mit der Gemeinschaftsverpflegung von Bürgern in Freiheit – leider verweigerte der Senat die Antwort mit Hinweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.

Auch in einem weiteren Punkt sah der Senat keinerlei Problem. Obwohl der Richtsatz im letzten Jahr von 2,86 auf 3,10 Euro angehoben wurde, liegt er real mindestens 18-20% unter dem ▶

<http://www.wogeno.de/>



UNSERE ZIELE!

- **Wohnen in München in gemeinschaftlich verwalteten Alt- und Neubauten**
- **Ohne Spekulationsgewinne, mit dauerhafter Sicherung vor Spekulation und Umwandlung**
- **Genossenschaftlich; als demokratisches Grundelement des Zusammenlebens werden die Häuser selbstverwaltet**
- **Energiebewußte Hausbewirtschaftung und gemeinschaftliche Nutzung von Alltagsgegenständen und Kraftfahrzeugen**
- **Nachbarschaftliche Netze, Integration verschiedener Haushaltsformen; Unterstützung von Leuten mit unterschiedlichem Kapital und Einkommen**
- **Offene Mitgliedschaft**

► Richtsatz von 1998. Damals betrug er 5,80 DM (umgerechnet 2,96 Euro); noch unter einem rot-grünen Senat war er 1999 abgesenkt und dann trotz Preissteigerungen bei Lebensmitteln zwischen 17 und 29% bis 2008 nicht erhöht worden. Gleichwohl behauptet der Senat, dass sich die fast schon dramatisch zu nennende reale Absenkung des Richtsatzes quantitativ gar nicht und qualitativ höchstens geringfügig bemerkbar mache.

Das Gefängnisessen ist für die Gefangenen zunächst einmal ohne Alternative. Gefangene mit längeren Haftstrafen sind viele Jahre auf Gefängniskost angewiesen. Daher besteht eine besondere Verpflichtung des Vollzugssträgers, die Kost so zu gestalten, dass die Beeinträchtigung der Gesundheit vermieden wird und zu den anderen Langzeitfolgen von Haft nicht auch noch durch Mangelernährung verursachte Gesundheitsschäden hinzutreten. Ein Richtsatz von lediglich 3,10 Euro programmiert Mangelernährung vor. Die wesentliche Vorgabe bei der Speiseplanerstellung, die von Anstaltsärzten überprüft wird, ist die tägliche Zufuhr von 2.500 kcal – damit ist aber zum Beispiel über den Anteil von Fetten an der Energiezufuhr nichts ausgesagt. Und auch nicht darüber, ob und wie der Bedarf an allen Vitalstoffen gedeckt wird.

3,10 Euro – das sind 43 Cent fürs Frühstück, 1,80 Euro fürs Mittagessen und 87 Cent fürs Abendessen. Gefangene berichten, dass sich hinter der Speiseplanankündigung „Gemüse“ beim Abendbrot dann zum Beispiel eine Zwiebel (!) verbirgt. Das Mittagessen wird in den meisten Haftanstalten in Menagen ausgeliefert, die zum Teil stundenlang warmgehalten werden, so dass alle Vitamine, Nähr- und Mineralstoffe buchstäblich verdampft sind. „Tot“ sei das Essen, sagen Gefangene, die wir danach befragten. Ein weiterer Nachteil der Menagen ist, dass es keinen Nachschlag gibt. Wer nicht satt wird, hat Pech. Obst gibt es nicht täglich; in der Kalenderwoche 50 des letzten Jahres erhielten die Gefangenen in der JVA Fuhlsbüttel eine Apfelsine, einen Apfel und eine Clementine. Wie soll da der Vitaminbedarf gedeckt werden?

Gefangene, die es sich irgend leisten können, versuchen auf Selbstverpflegung auszuweichen. Kochen aber ist nur eingeschränkt und in einigen Anstalten gar nicht möglich. Ist es doch möglich, müssen die Gefangenen beim Lebensmittelhändler im Knast einkaufen, zu oft überhöhten, zum Teil sogar stark überhöhten Preisen. Das ist ein anderes trübes Kapitel.

In Bezug auf den Richtsatz wird die LINKE in den weitren Haushaltsberatungen die Anhebung auf 4,00 Euro fordern. *Christiane Schneider*

UL-Politik verhindert Ausverkauf der städtischen Bäder: FREIBURG. Die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (UL) betrachtet es als großen Erfolg, dass die europaweite Ausschreibung des Westbades verhindert werden konnte. Die erst vor 2 Jahren gegründete Regio-Bäder-GmbH, Tochter der städtischen Stadtbau, hätte nachhaltigen Schaden erlitten, wenn das das für Freiburg wichtige Sportbad West aus der Gesellschaft herausgebrochen worden wäre. Damit wäre, so Stadtrat Moos, der Einstieg in den Ausstieg aus der kommunalen Bäderverantwortung beschlossen gewesen. Das Thema Freibad West sei damit keineswegs erledigt. Im Rahmen des kommunalen Sanierungsprogrammes stehe für die UL das Freibad West ganz oben.

www.unabhaengige-listen-freiburg.de

Mit dem München-Pass für 3 Euro ins Theater! MÜNCHEN. Antrag: „Das Kulturreferat wird beauftragt, dem Stadtrat Regelungen der Berliner 3 € Tickets darzulegen. Beantragt wird, möglichst rasch auch für die städtischen Theater solche 3 € Tickets einzuführen. Eine Stunde vor Vorstellungsbeginn sollen alle noch freien Plätze für 3 Euro an Inhaberinnen und Inhaber des München Passes verkauft werden. Gleichzeitig bemüht sich das Kulturreferat darum, dass auch städtisch geförderte Theater, die staatlichen Theater und die Oper 3 € Tickets anbieten. Begründung: Im Jahr 2005 hat Berlin die 3 € Tickets eingeführt, die seither mehr als 10.000 Mal pro Jahr von Inhaberinnen des Berlin Pass genutzt werden. Kultur ist Teilhabe am öffentlichen Leben, der Zugang wird immer noch auch über Eintrittspreise geregelt. Menschen mit geringem Einkommen werden ausgegrenzt. Die 3 € Tickets sind keine Almosen, sie sind bereits durch die öffentlichen Zuschüsse an die Theater bezahlt. Sie sollen auch Münchnerinnen und Münchnern mit geringem Einkommen die Gewissheit geben, dass die öffentlichen Kulturangebote für alle Bürgerinnen und Bürger unterhalten werden.“

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/

Kulturelle Bildung gegen Rassismus: FRANKFURT A.M. Mit Beginn des neuen Jahres heißt es für die kommenden Schulabgänger nach einer Lehrstelle Ausschau zu halten. „Jugendliche mit Migrationshintergrund haben dabei zunehmend schlechtere Chancen als ihre Altersgenossen“, sagt die Integrationspolitische Sprecherin der LINKEN im Römer, Yildiz-Köremezli Erkiner. „Das liegt unter anderem daran, dass die Migrantinnen und Migranten nicht angemessen unterstützt und gefördert

werden und dass sie in unserer Gesellschaft nach wie vor unter Diskriminierung und Rassismus leiden.“ Hier müsse die Stadt Frankfurt handeln. Was nötig sei, sei unter anderem eine Basis gemeinsamer Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Akzeptanz, um gegenseitige Vorurteile abzubauen. „Sie sind für alle von Bedeutung, weil es interkulturelle Werte sind“, sagt Köremezli-Erkiner. „Es handelt sich um eine kulturelle Bildung für alle.“ Nicht nur die Migranten müssten etwas über die deutsche Kultur wissen, sondern die Deutschen auch etwas über die Kulturen ihrer Mitmenschen. DIE LINKE fordert für Frankfurt eine Koordinierungsstelle, die etwa in Schulen und Vereinen Projekte und Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit fördert und weiterentwickelt. Einen entsprechenden Etatantrag der LINKEN haben CDU, Grüne und FDP im Februar 2007 jedoch abgelehnt. Für den Haushalt 2009 bringt die Fraktion den Etatantrag erneut ein.

<http://dielinke-im-roemer.de/>

Schallende Ohrfeige für OB und Fraktionen: STUTTGART. Die Stadträtin der Linken Ulrike Küstler hatte geklagt, weil ihr bei einer wichtigen Entscheidung Unterlagen vorenthalten wurden. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat einen Vergleich vorgeschlagen. Die Stadt hat dem zugestimmt und damit anerkannt, dass künftig solche Informationen allen Gemeinderäten zugänglich sein müssen. Die Gemeinderätin Ulrike Küstler erklärt dazu: Der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung müssen meine Rechte auf gleichberechtigte Teilnahme an der Beratung und Information anerkennen. Im Gegenzug habe ich bestätigt, dass ich die Pflicht zur Verschwiegenheit anerkenne, soweit sie gesetzlich vorgeschrieben ist – was ich aber noch nie bestritten hatte. Nach diesem Vergleich muss der OB seine selektive Informationspolitik gegenüber Gemeinderatsmitgliedern beenden. Der geschlossene Vergleich bedeutet für den gesamten Gemeinderat eine Klarstellung seiner Rechte. Das Gericht hat festgehalten, dass bei Verträgen der Stadt der Gemeinderat kein außen stehender „Dritter“ ist. Der OB hatte sich gegenüber der LBBW und der Sachsen-LB zur Geheimhaltung gegenüber dem Gemeinderat als „Drittem“ verpflichtet. Das Gericht hebt hervor, dass nicht der OB, sondern der Gemeinderat das Hauptorgan der Stadt ist. Das scheint banal, wird auch öfters in Sitzungen zitiert, aber eben nicht beachtet. Das Gericht schreibt sogar weitergehend: „Die Bindung der Landeshauptstadt an die Vertraulichkeitsklausel (auferlegt durch die LBBW und die Sachsen-

LB, d.Red.) war daher abhängig von der Zustimmung des Gemeinderates.“ Der Vergleich bedeutet aber nicht nur eine Klarstellung der Rechte des gesamten Gemeinderats und – gegenüber der Stuttgarter Praxis – eine deutliche Erweiterung, der Vergleich beinhaltet auch eine schallende Ohrfeige für die Gemeinderatsmehrheit. <http://www.dominio1.stuttgart.de/grat/pds.nsf>

Sozialticket sollte mit Sozialpass gekoppelt werden: ESSEN. Als undemokratische Zumutung bewertet die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF das Veto des Regierungspräsidenten Jürgen Büsow gegen die Einführung eines Sozialtickets in Essen. Die kommunale Selbstverwaltung wird außer Kraft gesetzt, wenn die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Ratsmitglieder und der Oberbürgermeister am Gängelband eines nicht gewählten Landesbeamten hängen. „Der Eingriff von Herrn Büsow ist Obrigkeitsstaatlichkeit pur“, so die Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF Gabriele Giesecke. „Wo führt das hin, wenn der Gestaltungsspielraum der Stadt in dieser wichtigen sozialen Frage, außer Kraft gesetzt wird, obwohl die EVAG zusammen mit der Verwaltung eine kostenneutrale Lösung vorgelegt haben, weil das Sozialticket neue Kunden bringen wird? Die Planung für das Essener Sozialticket ist mit Dortmund nicht vergleichbar. Wir unterstützen deshalb die Bemühungen der Verwaltung, eine Lösung zu finden. Ansonsten sollte der Rat den Mut haben, die Entscheidung trotzdem zu treffen.“ (...) Außerdem muss die Frage der Kommunaufsicht auf die Tagesordnung. „Unsere Kritik am Essener Sozialticket-Modell ist, dass der Preis von 27,80 Euro für viele Hartz-IV-Bezieher noch deutlich zu hoch ist“, so Gabriele Giesecke weiter. „Der Betrag für Mobilität in den Hartz-IV-Regelsätzen liegt bei knapp 15 Euro. Trotzdem hätten wir die Verwaltungsvorlage als Einstieg mitgetragen. Im Übrigen wäre es gerade jetzt sinnvoll, die Weitergabe des Sozialtickets an Bedürftige mit dem von uns und dem DGB geforderten Sozialpass zu koppeln.“ www.dielinke-dkp-auf.de

„Bordell-Affäre“: Sperrbezirk Wandsbek? HAMBURG. Die Wandsbeker Bezirksversammlung beschloss in ihrer Sitzung am 5. Januar, dass der Umzug eines Bordells aus der Ahrensburger Straße (Wohngebiet) in die Angerburger Straße (Gewerbegebiet) mit allen Mitteln verhindert werden soll. Einzige die Fraktion Die Linke schloss sich der Mehrheitsmeinung nicht an und stimmte dagegen. Darüber hinaus wurde deutlich, dass bis auf die Partei

„Die LINKE“ parteiübergreifend eine Ansiedlung von Bordellen in Wandsbek abgelehnt wird. Vasco Schultz (32), sozialpolitischer Sprecher der Wandsbeker LINKEN dazu: „Prostitution ist gesellschaftliche Realität und seit 2001 durch das Prostitutionsgesetz (ProstG) auch rechtlich als normales Gewerbe anerkannt. Im Durchschnitt nehmen täglich ca. 1,8% der Bevölkerung die Dienste von Prostituierten in Anspruch. In Wandsbek wären dies in etwa 7300 Personen, vorwiegend Männer. Es ist bigott, einerseits Wandsbek als bordellfreie Zone etablieren zu wollen ...“ Die Wandsbeker LINKE lehnt ein generelles Verbot von Bordellbetrieben in Wandsbek auch deshalb ab, weil Bordelle im Gegensatz zu beispielsweise einem Straßenstrich mehr Sicherheit und bessere Arbeitsbedingungen für die Prostituierten bedeuten. <http://www.die-linke-hh.de/>

Kommunale Spitzenverbände und VKU zur Novelle des Vergaberechts: BERLIN. Mit Kritik und Unverständnis reagierten die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) auf den Beschluss des Bundestags zu dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts. Der Bundestag hat dabei auf eine gesetzliche Klarstellung verzichtet, wonach die kommunale Zusammenarbeit nicht dem Vergaberecht unterfällt. Eine solche Klarstellung hatte der Regierungsentwurf noch vorgesehen. „Die kommunale Zusammenarbeit hat sich bewährt, um zum Beispiel in der Wasserversorgung, aber auch im Bereich der Bildung und der Informationstechnologie effiziente Leistungen ... erbringen. Diese Möglichkeit muss den Kommunen auch zukünftig uneingeschränkt zur Verfügung stehen“, erklärten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände und des VKU ... „Wir bedauern daher sehr, dass der Bundestag dies nicht durch eine entsprechende Regelung im Vergaberecht würdigt. Kommunale Zusammenarbeit ist eine reine Organisationsentscheidung der Kommunen. Es geht dabei nicht um den Einkauf von Leistungen auf dem privaten Markt. Das für Einkäufe der öffentlichen Hand geschaffene Vergaberecht kann daher nicht auf die kommunale Zusammenarbeit angewendet werden ... Wer gleichwohl das Vergaberecht auf die kommunale Zusammenarbeit ausdehnen will, bezweckt eine Marköffnung im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Dies hätte aber eine nicht gewollte Zwangsprivatisierung kommunaler Aufgaben zur Folge und widerspräche dem Willen der Bürgerinnen und Bürger.“

www.staedtetag.de/

Winterkälte erfordert Sofortmaßnahmen: DUISBURG.

Hermann Dierkes, OB-Kandidat der Duisburger LINKEN, fordert erneut von der Stadt und ihren Beteiligungsunternehmen sozialpolitische Notmaßnahmen angesichts wachsender Armut und Winterkälte. Dierkes: „... DIE LINKE fordert erneut die umgehende Einführung eines Sozialpasses mit Sozialtarife für die DVG sowie Sozialtarife der Stadtwerke bei Strom und Gas, verbunden mit kostenloser Beratung. Über 8.000 Abschaltungen bei Strom und rund 1.000 bei Gas wegen Zahlungsunfähigkeit sind ein Skandal. Wir fordern außerdem ein kostenloses Schulesen für alle Kinder aus Familien, die unter 24.000 € Jahreseinkommen haben. Wir fordern, dass die gemeinsame Initiative der Oberbürgermeister des Ruhrgebiets nicht nur papierene Appelle an Bund und Land produziert, um die kommunale Finanzkrise zu lösen, sondern auch durch konkrete Taten beweist, dass es ernst gemeint ist. Mit sinnvollen kommunalen Maßnahmen wird gleichzeitig der Druck auf Bund und Land erhöht, endlich zu handeln. Not kennt kein Gebot.“ www.dielinke-nrw.de/

Droht KdU-Beschiss großen Stils? BAD SEGEBERG. Mit den Stimmen von SPD und CDU hat der Bundestag gegen erbitterten Widerstand der Partei Die Linke, sowie gegen FDP und Grüne den Bundeszuschuss an die Landkreise, Städte und Gemeinden für die Kosten der Unterkunft (KdU), den die ARGEN gewähren, noch weiter gesenkt. Nachdem die Senkung des Bundeszuschusses ab 2008 schon 709.000 € betrug, beschert sie dem Kreises Segeberg für 2009 ein weiteres Haushaltsloch von 650.000 €. Prompt hat die CDU bei der Kreistagssitzung am 11.12.2008 mit knapper Mehrheit durchgesetzt, dass im Kreishaushalt 2009 der Ansatz für auszahlende KdU um 400.000 € reduziert wurde. Die Partei Die Linke im Kreis Segeberg fragt sich, ob die CDU hellsehen kann, oder ob sie an den Erfolg glaubt, dass Bedürftige in großer Zahl sich der in letzter Zeit verstärkten Beeinflussung durch die ARGEN zur Rücknahme von Widersprüchen gegen ungerechte KdU-Verkürzung verleiten lassen. Hintergrund ist nicht nur die explosionsartige Prozesszunahme vor den Sozialgerichten, sondern auch, dass Bedürftige diese Prozesse gegenüber den ARGEN auch vermehrt gewinnen. Das Landessozialgericht Schleswig musste die Zahl der Richter gerade fast verdoppeln, um die Aufgabenflut zu bewältigen.

www.die-linke-segeberg.de/
Zusammenstellung: ulj

Oberster Gerichtshof Namibias bestätigt Verbot von Leiharbeitsagenturen

Der Oberste Gerichtshof Namibias bestätigte am 1. Dezember das im neuen Arbeitsgesetz verankerte Verbot von Leiharbeitsagenturen und wies damit, einen Einspruch der Africa Personnel Services (APS), der größten Leiharbeitsagentur des Landes, zurück.

„Nach namibischem Recht“, erklärte der Richter, „gibt es in der Beziehung zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer keinen Platz für einen Dritten. Ich bin der Ansicht, dass diese Einschaltung eines Dritten eine unannehmbare Situation schafft, für die es in unserem Beschäftigungsvertragsgesetz keine rechtliche Grundlage gibt. Nach meiner Auffassung bedeutet (das Leiharbeitswesen) das Überlassen oder Ausleihen von Personen, als seien sie Leibeigene.“

www.iuf.org/dde5562

GB Unite/T&G Tesco-Kampagne für Gleichbehandlung der Fleischarbeiter

Im Rahmen ihrer Kampagne für die Gleichbehandlung der Fleischarbeiter nimmt die Unite/T&G jetzt Tesco ins Visier. Anfang dieses Jahres leisteten IUL-Mitglieder in aller Welt energische Unterstützung bei Organisationsbemühungen der Sektion T&G des britischen IUL-Mitgliedsverbandes Unite. Die Gewerkschaft führte eine entschlossene Kampagne, um die Gleichbehandlung von Leiharbeitern bei Fleischverarbeitern zu erreichen, die die britische Einzelhandelskette Marks & Spencer belieferten. Die M&S-Kampagne erreichte ihre Ziele. Sie bewirkte, dass tausende britische Leiharbeiter jetzt Dauerarbeitsverträge haben und dass viele neue Wanderarbeitnehmer erstmals Beschäftigungssicherheit genießen. Die Gewerkschaft konnte 13000 Mitglieder und 300 neue Vertrauensleute gewinnen. Die Gewerkschaftsdichte im Geflügelsektor wurde dramatisch verstärkt. Doch die M&S-Kampagne war nur die erste Runde im Rahmen weit umfassenderer Bemühungen, die Normen im gesamten Fleischsektor Großbritanniens und Irlands anzuheben, und die T&G/Unite hat jetzt ein neues Ziel: Tesco, der größte Einzelhändler in Großbritannien.

www.iuf.org/dde5562,



Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitervereinigung

Global Union fordert, Wanderarbeitnehmer dringend vor Verstößen zu schützen

Aus Anlass des „International Migrants Day“ am 18. Dezember hat die Global Union für die ArbeiterInnen in den Textil-, Bekleidungs- und Ledersektoren Kontakt mit führenden Marken und Kaufhäusern im Sektor aufgenommen mit der Bitte, dringend für den Schutz der Rechte von Wanderarbeitnehmern in ihren Zulieferketten aktiv zu werden.

Neil Kearney, Generalsekretär der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung dazu: „Wanderarbeitnehmer in unseren Sektoren in aller Welt werden immer zahlreicher, und da auch nun 1 Mrd. Menschen mit weniger als 1 US-Dollar am Tag überleben müssen, ist eine Trendwende nicht abzusehen.

Obwohl Wanderarbeitnehmer unbedingt Armut und Arbeitslosigkeit im eigenen Land entkommen wollen, sind die neuen Lebensumstände manchmal gleich elend und ausbeuterisch. Sie müssen Wucherpreise als Vermittlungsgebühren für die Arbeitsstelle im Ausland bezahlen, und manchmal wollen ihre Arbeitgeber allzu gerne noch von ihrer schwachen Position profitieren: Die Lebensbedingungen von Wanderarbeitnehmern sind in der Regel nicht akzeptabel und die Arbeitszeiten sind extrem lang.

In einem der letzten Skandale mit Wanderarbeitnehmern wurden 32 ArbeiterInnen aus Bangladesch drei Wochen in einem Gefängnis in Malaysia eingesperrt, als eine Arbeitsvermittlungsstelle sie sitzen gelassen hatte. Die Arbeitnehmer hatten der Vermittlungsagentur in Bangladesch den Gegenwert von zehn Jahren Mindestlohn bezahlt, und bei ihrer Ankunft in Malaysia hätte eine Outsourcing-Firma sich um sie kümmern müssen. Statt dessen befanden sie sich in einem ausländischen Flughafen, während sich beide Agenturen über die Gebühren in die Haaren lagen.

Die ArbeiterInnen wurden nach einem Lager in der Nähe geschickt, aber schon schnell waren das wenige Essen und Geld, das sie bei sich hatten, alle. Ohne Mittel und ohne Papiere wurden sie drei Wochen eingesperrt, bis die malaysische Arbeitsorganisation schließlich beschlossen hat, einen Job für sie zu suchen. Die Erprobung war jedoch noch nicht zu Ende, da sie durch die verspätete Auszahlung des Monatslohnes nach wie vor ums Überleben kämpfen mussten.“

In ihrem Brief an die führenden Marken und Kaufhäuser hat die ITBLAV eine Reihe von Forderungen angeführt, um die Rechte von Wanderarbeitneh-

mern wie diese zu schützen.

„Wanderarbeitnehmer müssen den Arbeitsvertrag direkt mit dem Arbeitgeber und nicht über ein Arbeitsvermittlungsbüro schließen“, sagt Neil Kearney. „Alle Kosten, die mit der Beschäftigung der gegenwärtig eingestellten Arbeitnehmer zusammenhängen, wie Reise- und Vermittlungsgebühren, Arbeitserlaubnisse und Rückflüge, sind als Arbeitskosten zu betrachten, und sie müssen vom Arbeitgeber getragen werden. Wanderarbeitnehmer dürfen keine ungünstigeren Arbeitsbedingungen als einheimische Arbeitnehmer haben. Ihre Unterbringung muss akzeptabel sein, und sie müssen immer frei über ihre Pässe verfügen können.

Ferner müssen sie vor der Abreise und bei Ankunft Angaben über die Arbeits-

Die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) ist eine Global Union Föderation.

Sie besteht aus 220 Mitgliedsorganisationen in 110 Ländern der Welt mit einer vereinigten Mitgliedschaft von 10 Millionen Arbeitern.

Weitere Auskünfte bei:

Neil Kearney (Generalsekretär) unter 32/475932487 (Handy) oder nkearney@itglwf.org

ITBLAV-Sekretariat unter Tel. : 32/02/512.26.06,

Fax: 32/02/511.09.04 oder

office@itglwf.org

Webseite: www.itglwf.org

bedingungen in der eigenen Sprache erhalten. Der Arbeitsvertrag muss die Bezahlungsraten angeben, einschließlich Überstundenzahlungen, maximalen Überstunden, legalen Lohnabzügen, Vorteilen, wie medizinischer Betreuung, Krankenurlaub, Jahresurlaub und Feiertagen, Disziplinarverfahren, Klageverfahren und Einzelheiten über die Lebensbedingungen.“

Die Schlussfolgerung von Neil Kearney lautet: „Anfang des Jahres entdeckte Nike Beweise über den Missbrauch von Wanderarbeitnehmern bei einem Zulieferanten in Malaysia. Nike hat sofort Maßnahmen ergriffen, um die Rechte der Arbeitnehmer dieses Zulieferanten zu schützen, und Nike wird diese Politik im Januar 2009 auf die ganze Zulieferantenkette erweitern. Diese entscheidende Maßnahme von Nike bedeutet einen großen Durchbruch für den Rechtsschutz von Wanderarbeitnehmern, und wir fordern die ganze Industrie auf, dem Beispiel zu folgen und ähnliche Politiken umzusetzen!“

www.iuf.org

Zulässigkeit des bayerischen Mindestlohnvolksbegehren in gerichtlicher Prüfung

Am 13.1. ist der Bayerischen Verfassungsgerichtshof in Verhandlungen über die Zulassung eines Volksbegehrens zur Einführung von Mindestlöhnen auf Landesebene eingetreten. Dazu teilt das Gericht folgendes mit:

„1. Das Bayerische Staatsministerium des Innern ist der Auffassung, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens seien nicht gegeben. Es fehle an der Zuständigkeit des Landesgesetzgebers für den Erlass eines Bayerischen Mindestlohngesetzes. Gesetzliche Vorgaben für den Arbeitslohn gehörten zum Arbeitsrecht und fielen in die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Die Länder könnten daher nur Regelungen treffen, soweit der Bund von seiner Kompetenz noch keinen Gebrauch gemacht habe. Mit dem Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen (MiArbG) und dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) habe der Bund jedoch bereits Regelungen zu Mindestlöhnen erlassen. Jedenfalls im Anwendungsbereich dieser Gesetze seien landesrechtliche Regelungen ausgeschlossen. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens beinhalte auch einen verfassungswidrigen Eingriff in die Tarifautonomie (Art. 9 Abs. 3 GG, Art. 170 BV).

2. Der Beauftragte des Volksbegehrens hält die Voraussetzungen seiner Zulassung für gegeben. Dem Landesgesetzgeber stehe das Gesetzgebungsrecht für den Gesetzesantrag gemäß Art. 72 Abs. 1 GG zu. Die vom Bund geschaffenen Voraussetzungen für die

staatliche Festsetzung von Mindestlöhnen wiesen keineswegs zweifelsfrei jenen Grad an Vollständigkeit auf, der erforderlich sei, um dem bayerischen Landesgesetzgeber den Weg zu einer flächendeckenden Regelung der Mindestlöhne zu versperren. Der vom Bayerischen Staatsministerium des Innern vorgenommenen Bewertung liege eine verfassungsrechtlich nicht haltbare extensive Interpretation der Zuständigkeitsvorschriften der Art. 70 ff. GG zugunsten des Bundes zugrunde. Diese Rechtsauffassung lasse die für die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Gesetzgebung grundgesetzlich fixierte Prämisse außer Acht, nach der grundsätzlich vom Primat der Zuständigkeit der Länder auszugehen sei. Soweit es im Einzelfall Überschneidungen geben sollte, gelte der Vorrang des Bundesrechts gegenüber dem Landesrecht (Art. 31 GG). Die im Entwurf für ein Bayerisches Mindestlohngesetz enthaltene Beschränkung der Tarifautonomie der Unternehmer sei verfassungsgemäß. Wenn und soweit die Tarifpartner nicht in der Lage seien, durch autonome Regelungen der Arbeitsbeziehungen den Schutz der abhängig Beschäftigten zu gewährleisten, sei es dem Gesetzgeber nicht verwehrt, auch solche Fragen zu regeln, die Gegenstand von Tarifverträgen sein könnten. Die durch Art. 12 Abs. 1 GG, Art. 151 Abs. 2 BV geschützte unternehmerische Freiheit sei ebenfalls nicht verletzt.“

Eine Entscheidung wird Anfang Februar erwartet.

www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/, siehe ferner Stellungnahme des DGB Bayern in der Ausgabe 11/08 dieser Zeitschrift)

DGB: Lohnuntergrenzen Zeitarbeit unzureichend

Als unzureichend und nicht Existenz sichernd bezeichnete DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki die von der Koalition in Aussicht gestellten Lohnuntergrenzen in der Zeitarbeit.

Danach soll nicht der Mindestlohn-tarifvertrag für Zeitarbeitnehmer, wie ihn der DGB vorgelegt hatte, ins Entsendegesetz aufgenommen und für allgemein verbindlich erklärt werden. Vorgesehen ist vielmehr, dass Lohnuntergrenzen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, unter Wahrung der Tarifautonomie, festgeschrieben und damit die Billig-Tarifverträge der sogenannten christlichen Gewerkschaften zum Maßstab genommen werden. „Ganz offensichtlich hat sich hier die CDU durchgesetzt und will auch weiterhin Löhne umsetzen, die nicht Existenz

sichernd sind“, sagte Matecki. Flächen-tarifverträge von so genannten christlichen Gewerkschaften würden gezielt als Konkurrenz zu den DGB-Tarifen abgeschlossen und diese deutlich unterbieten. „Es wäre ein Gebot der Stunde gewesen, jetzt die Zeitarbeit in das Entsendegesetz aufzunehmen“, betonte Matecki. „Denn die Arbeitsmarktlage lässt befürchten, dass der Druck auf Zeitarbeitsbeschäftigte zunimmt und damit immer mehr Billigtarifverträge angewendet werden.“

Die DGB-Gewerkschaften werden das Thema Lohnuntergrenzen und Existenz sichernde Einkommen nach den Worten von Matecki im Bundestagswahlkampf weiterhin mit höchster Priorität versehen. Denn Niedriglöhne von heute hätten morgen Niedrigrenten zur Folge.

www.dgb.de

Mittelstand will keinen staatlichen Rettungsschirm.

FAZ, Die., 9.12.08. Von einer stärkeren Eintrübung der

Konjunktur geht der industrielle Mittelstand aus. Dennoch gebe es „keinen Grund, sich mit Schreckensszenarien zu überbieten“, sagte der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses A. Kirchhoff. Eine BDI-Umfrage unter 1600 Betrieben belege, dass der Mittelstand besser auf einen Abschwung vorbereitet ist als in früheren Krisen. Von einer Kreditklemme könne keine Rede sein. Klar sprach er sich gegen klassische Ausgabenprogramme oder Konsumentenschecks aus. Jedoch verlangte auch er schnelle Steuersenkungen.

Chinas Bauwirtschaft bleibt zuversichtlich. P. Hug, stv. Geschäftsführer im

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), berichtet von der Baumaschinenmesse in Schanghai, es herrsche dort Zuversicht. China rechne mit einem Aufschwung durch das staatliche Konjunkturprogramm. Als erster Maschinenbauer will der Konzern Sany z.B. ein Werk in den USA errichten, zudem denke man über neue Werke in Polen und Iran nach. Die Branche erwartet ein weiteres Wachstum von 25%. Der VDMA behauptet aber, die chinesischen Exporteure, insbesondere die Baustoffindustrie, habe die Krise voll erwischt, ihre Produkte seien im Ausland nicht mehr finanzierbar. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, H. Schauerte, hielt dagegen, trotz der Krise zeige die chinesische Führung eine „größere Gelassenheit als in Europa“ und eine wachsende Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Peking habe angeboten, das Saldo im Handelsdefizit zugunsten Deutschlands zu korrigieren. China wolle offenbar Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft vermeiden.

BDI und Bauindustrie äußern Bedenken gegen Vergaberechts-Reform. FAZ, Mi.,

17.12.08. Die Lockerung der Ausschreibungsregeln des öffentlichen Dienstes in der Wirtschaftskrise fordert u.a. der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Um die Wirtschaft anzukurbeln, soll das Vergaberecht eine Zeitlang außer Kraft gesetzt werden und der Grenzwert für europaweite Ausschreibung auf 1 Mio. € heraufgesetzt werden. Regierungsziel ist Konjunkturankurbelung und Mittelstandsförderung. Anfang Dezember scheiterte die Gesetzes-Verabschiedung an europarechtlichen Bedenken der CDU/CSU – gestützt auf ein BDI-Gutachten – gegenüber der Zusammenarbeit von Kommunen ohne Vergaberecht. BDI und Bauindustrie fürchten die Teilung von Vergabe-Volumen für den Mittelstand. Dies verhindere den Erfolg öffentlich-privater Partnerschaften z.B. beim Autobahnbau.

Zusammenstellung: rst

Wirtschafts-
presse

Der Buddha an der Leine

Das Ende der Olivenzweig-Initiative des Dalai Lama

Völkerrechtlich ist die Frage der Unabhängigkeit Tibets, wie sie anlässlich der Olympischen Spiele in Beijing im vorigen Jahr von westlichen Medien zum weltweiten Thema gemacht worden war, vom Tisch: Am 29. Oktober 2008 hat Großbritannien als letzter Staat der Welt die volle Souveränität der Volksrepublik China über Tibet anerkannt. Bis dahin hatte sich Großbritannien an das 1914 zwischen China, Großbritannien und Tibet geschlossene Abkommen von Simla gehalten, das nur die sogenannte „Suzeränität“, also Oberhoheit Chinas über Tibet anerkannt hatte. Aber natürlich werden weiterhin die Kräfte, die auf eine Destabilisierung des Vielvölkerstaates China aus sind, dafür sorgen, dass „Free Tibet“ auf der politischen Tagesordnung bleibt. Der Dalai Lama und die Regierung der Exiltibeter in Dharamsala spielen dabei eine zwielichtige Rolle.

„An Olive Branch From the Dalai Lama“

Am 6. August 2008, zwei Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele in Beijing, hatte die „New York Times“ unter dem Titel „An Olive Branch From the Dalai Lama“ (Ein Olivenzweig vom Dalai Lama) einen ausführlichen Bericht über eine neue Verhandlungsposition des Dalai Lama für Gespräche mit der Zentralregierung in Beijing gebracht. Mit ihr sollten die Konflikte um Tibet endgültig gelöst und seine Rückkehr als geistliches Oberhaupt nach Tibet möglich gemacht werden. Sogleich wurde ein historischer Vergleich bemüht. Präsident Nixon hatte, um seinen Besuch 1972 in der Volksrepublik China überhaupt erst möglich zu machen, signalisiert, er werde die Beziehungen der USA zu China überdenken; genau so sollte der Vorschlag des Dalai Lama gewertet werden.

Der Hauptinhalt der Verhandlungsposition des Olivenzweiges: Anerkennung des sozialistischen Systems in Tibet unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Also ein Abrücken von der Forderung nach völliger Loslösung von China, beziehungsweise nach einem Sonderstatus von Tibet analog dem von Hongkong. Sodann: Verzicht auf die Forderung, die Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan dem heutigen Territorium der Autonomen Region Tibet zuzuschlagen, einem „Groß-Tibet“ mit dem Ausmaß von einem Viertel der Fläche der VR Chinas. Er selbst wolle sich nach seiner Rückkehr in den Potala-Palast nach Lhasa auf seine geistlichen Funktionen beschränken und nicht mehr die poli-

tische Rolle als weltliches Oberhaupt der Tibeter wahrnehmen.

Dieser Bericht der „New York Times“ passte nun kurz vor der Olympiade so gar nicht in das China-Tibet-Bild der aufgeregt berichtenden westlichen Medien. Er fand sich in keiner einzigen weiteren Zeitung wieder. Der verhalten zustimmenden Erklärung der Regierung in Beijing in der Zeitung „China Daily“ vom 21. August 2008 erging es nicht anders. Doch nicht nur diese Meldungen verschwanden; auch der Dalai Lama selbst ward, wie es hieß „aus gesundheitlichen Gründen“, für drei Monate in der Öffentlichkeit nicht mehr gesehen. Selbst eine seiner durch die Einnahmen von Eintrittsgeldern für seine religiösen Veranstaltungen sehr lukrativen Europareisen wurde abgesagt.

Als dann nach den Olympischen Spielen die Verhandlungen in Beijing mit den Abgesandten des Dalai Lama begannen – in den Medien wurde jetzt wieder über die „sturen“ Chinesen berichtet –, war von der „Olivenzweig-Position“ keine Rede mehr. Vielmehr enthielt die dort vorgelegte Verhandlungsgrundlage der tibetischen Delegation wieder die Forderung nach einem autonomen Staat und nach „ethnischer Separation“ für die beanspruchten Gebiete. Es geschah, was vorauszusehen war. Als der Dalai Lama am 3. November 2008 in Tokio wieder auftauchte, waren die Verhandlungen bereits nach acht Verhandlungsrunden gescheitert.

„Meine Hoffnung wird immer dünner“

Vom 17. bis zum 24. November fand am Sitz der tibetischen Exilregierung in Dharamsala, Nordindien, eine Konferenz statt. Geladen hatte der Dalai Lama gemäß Artikel 59 der Exil-Tibetischen Verfassung zu einer Krisen-

versammlung. Er wollte, wie er auf der Internetseite seiner Regierung verlautbaren ließ, „sein Volk beteiligen“, „Meinungen einholen“, „neue Wege erörtern“, er wollte sich demokratisch zeigen. „Meine Hoffnung wird immer dünner“, verkündete er und schloss die Frage an, ob seine Politik des „Mittleren Weges“ gescheitert sei.

Mit seiner Politik und mit seinem persönlichen Verhalten war der Dalai Lama unter Druck geraten. Nicht nur bei der chinesischen Regierung. Auch bei den eigenen Leuten im Exil. „Jeder Tibeter hat die Pflicht, sich für die Freiheit seines Landes und den Erhalt unserer Kultur einzusetzen“, sagt Kunchok Yangpel, Sprecher des „Tibetan Youth Congress“ in Delhi. Die Jugendorganisation mit ihren 30.000 Mitgliedern ist bekannt dafür, dass sie der Politik des Dalai Lama, die auf gewaltfreien Protest gegen die chinesische Herrschaft in Tibet und auf Autonomie statt Unabhängigkeit setzt, kritisch gegenübersteht und diesen „Mittleren Weg“ ablehnt. Doch der „Youth Congress“ ist nicht mehr allein.

„Jeder hat großen Respekt vor dem Dalai Lama als geistigem Führer. Aber nach mehr als 50 Jahren Besatzung haben die Leute einfach genug. Seine Politik der Gewaltlosigkeit hat nichts gebracht“, sagt Tarini Mahta von der Organisation „Friends of Tibet“. Die Gruppe ist nur eine von zahlreichen Organisationen, die sich für die Sache Tibets starkmachen.

2007 beschlossen verschiedene Gruppen von Exil-Tibetern, darunter der „Tibetan Youth Congress“, die „Tibetan Women's Organization“, die „Gu-Chu-Sum Movement“ für politische Gefangene, „Students for a Free Tibet“ und die „National Democratic Party of Tibet“ die Olympischen Spiele in Beijing als Gelegenheit zu nutzen, gegen, wie sie es formulieren, die „Besetzung ihres Landes“ und die „andauernden Menschenrechtsverletzungen in Tibet“ zu protestieren.



Der Gesandte des Dalai Lama Kasur Lodi Gyari (links im Bild) konferiert mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz und Minister der Einheitsfront Du Qinglin am 4. November 2008 in Beijing.

„Time is running out“ (die Zeit läuft ab), hatte der Dalai Lama immer wieder gewarnt und verband mit dieser Bemerkung die Sorge, ob ein Nachfolger nach seinem Tode in der Lage sein werde, die Tibeter hinter einem gemeinsamen Plan zu einen. Deshalb kommen dann immer wieder Äußerungen von ihm: „Ich bin doch längst halb pensioniert ...“ und verwirren seine Leute noch mehr.

Er selbst beteiligte sich schon nicht mehr nicht an den Diskussionen der Versammlung in Dharamsala, angeblich um „eine freie Aussprache“ zu ermöglichen.

Krisentreffen in Dharamsala

Und seine Tibeter? Sie waren zu diesem Krisentreffen angereist, um „Geschichte zu schreiben“ – so stand es euphorisch in ihren Internet-Blogs und in manchem Gesicht geschrieben, als sich insgesamt 581 handverlesene und geladene Repräsentanten aus aller Welt stolz ihre grünen Teilnehmer-schilder ans Revers hefteten. In fünfzehn Gruppen wurde sechs Tage lang diskutiert. Es wurde auch, wie in den Internetforen berichtet wurde, heftig gestritten; die Forderung nach „echter Unabhängigkeit“ wurde laut. Es gab – früher undenkbar – Kritik an Tibets Exilregierung, die sich vorwerfen lassen musste, elitär und erstarrt zu sein: „Vielleicht sollte es auch Parteien geben, die alle Meinungen vertreten, und nicht nur ein Parlament, das sich insgesamt um Tibets Belange kümmert?“ Eine eigene Rangzen, eine „Unabhängigkeits“-Partei, wurde von Teilnehmern gefordert und dass die radikalen Tibeter vom „Tibetan Youth Congress“ bei zukünftigen China-Verhandlungen mit am Tisch sitzen sollten.

Die Ideen gingen bis zu Sabotageakten gegen Chinas Infrastruktur, um die Besetzung für China möglichst teuer zu machen. Die einseitige Erklärung der Unabhängigkeit von der VR China schlug jemand vor; Boykottaufrufe wurden laut.

Hatten am Ende aber doch alle Angst vor der eigenen Courage? Alle vorgebrachten Ideen verschmolzen in den eher mageren Resolutionspunkten, die die Versammlung der tibetischen Politik als unverbindlichen Ratschlag auf den Weg gab: Der Dalai Lama solle bitte weiter ihr Führer sein. Wir bleiben beim „Mittleren Weg“. Nur wenn alles scheitere, wolle man sich die Forderung nach „Unabhängigkeit für Tibet“ offen halten.

Insgesamt aber möchte man weiter voll und ganz dem Dalai Lama folgen, was immer er für richtig halte. Ratlosigkeit und leise Kritik konnte man nur aus der vieldeutigen Äußerung von Tsewang Rigzin, Präsident des „Tibetan Youth Congress“ heraushören: „Wir wurden vom Dalai Lama aufge-



Auch das ist Exil: Der Dalai Lama beim Plausch mit dem Premierminister des indischen Bundesstaates Himachal Pradesh K. P. Sharma in Dharamsala am 17. Dezember 2008 während eines Cricket-Match.

fordert, uns hinzusetzen und zu reden, aber nicht zu entscheiden.“

Im komfortablen Wartesaal des Exils

Zum Schluss der Konferenz erklärte der Dalai Lama, er habe sein „Vertrauen in die chinesische Regierung“ verloren. Von seinem Rückzug aus der politischen Funktion war nicht mehr die Rede. Dann machte er seine Zuhörer völlig sprachlos: „Wenn Sie jetzt erwarten, dass ich Wichtiges über den Ausgang des Treffens zu sagen habe, dann irren Sie sich.“ Die Tür zu einem historischen Ausgleich mit der Regierung der VR China war mit diesem Hin und Her zugeschlagen. War die Konferenz also eine verschenkte Chance?

Die Funktionäre der Exiltibeter sind nach ihrem Diskussions-Ausflug wieder zurückgekehrt in den warmen und komfortablen Wartesaal ihres Exils. Einwirklicher, vorsichtiger Neubeginn, wie ihn die Ideen der Olivenzweig-Initiative bedeutet hätten, widerspricht wohl zu sehr den Interessen derer, die da in Dharamsala als Exilpolitiker zusammensitzen und ihrer ziemlich betuchten Klientel in den USA und Europa. Haben sie und ihre Eltern doch ihre leibeigenen und versklavten Bauern und Hirten zurück gelassen, als sie 1959 zusammen mit dem Dalai Lama nach ihrem gescheiterten Aufstand Tibet fluchtartig verließen. Dorthin nun als normaler Bürger zurückkehren? Ist das nicht etwas viel verlangt, wenn ihre ehemaligen Untertanen in der Zwischenzeit sich angestrengt haben, Tibet als ihr eigenes Land aufzubauen?

Daher blieb am Ende den Teilnehmern dieser Versammlung die von den halbfeudalen Strukturen orchestrierte Einsicht, auf allen Ebenen so weiter zu machen wie bisher: „Sei Du unter uns weiter der Klügste – uns genügt es, respektvoll zu sein“. Auf diese Weise kann man radikale separatistische Forderungen erheben, bei passender Gelegenheit sich in den Dienst interventionistischer Mächte stellen und dabei immer auch eigene Landsleute verheizen. Den jungen Wilden vom „Tibetan Youth Congress“ bleibt weiter

vor allem die Aufgabe, frustriert Luftschlösser im Himalaja zu bauen.

Jeder Exil-Tibeter könnte auf der Grundlage der Vorschläge des Dalai Lama vom 6. August 2008 in sein Land zurückkehren und sich an dessen Entwicklung aktiv beteiligen. Aber das ist unangenehmer als gedacht. Der Sonderstatus wäre weg, die subventionierte Existenz als Berufsflüchtling wäre ihnen nicht mehr möglich. Den Feudalherren könnten sie zu Hause auch nicht mehr spielen.

An der Leine der feudalen Exilpolitiker

„Time is running out“, das sagen jetzt wohl auch die Verantwortlichen in Beijing und wissen, dass die Zeit für sie und gegen den 73-Jährigen arbeitet. Er hat sich selbst vorgeführt, wie er brav an der Leine der feudalen tibetischen Exilpolitiker läuft. Wurde er nach seinem Olivenzweig-Vorschlag von seinen eigenen Leuten massiv bedroht? Mit ihm kann Beijing wohl keine Vereinbarungen mehr treffen. Einmal gibt er vor, mit den Chinesen verhandeln zu wollen, bedenkt dabei aber nicht die Realität der letzten 60 Jahre. Auf der einen Seite will er mitten unter seinen Tibetern sein, dann aber wieder thront er über ihnen geistlich und politisch auf der feudalen Respektspyramide und duldet keinen Widerspruch. Bei allem dem hat er völlig außer Augen verloren, dass er als geistliches Oberhaupt seinen Landsleuten in Tibet herzlich willkommen ist: In allen tibetischen Kultstätten sind heute seine Bilder zu finden.

So ist er inzwischen das Problem selbst und zugleich die Lösung: Zuviel, selbst für ihn als leibhaftigen Buddha.

Das aber bereitet viel Frust bei den Menschen in Tibet, die sich in ihrer religiösen Identität von der zentralen Politik in Beijing nicht ernst genug genommen fühlen und zuschauen müssen, wie Wohlstand und soziale Chancen an ihnen vorbei gehen. Aber vielleicht ist es ja genau das, was die Exilpolitiker in Dharamsala in ihrem Kalkül haben.

Karl-Helmut Lechner

Texte zur Finanzmarktkrise – Lesenswertes zu Ursachen und Folgen (II)

In der vergangenen Ausgabe der Zeitschrift hatten wir mehrere Fachtexte zur Finanzmarktkrise vorgestellt. Hier folgen weitere Rezensionen, darunter auch ein literarischer Text aus dem 19. Jahrhundert.

Wirtschaftskrise aus Sicht der US-Keynesianer

Joseph Stiglitz, Paul Krugman und George Soros

Zwar liegen ganz aktuelle Bücher zur gegenwärtigen Finanzkrise von bekannten US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern keynesianischer Ausprägung bislang erst in englischer Sprache vor, jedoch können die entscheidenden Thesen über Ursache und mögliche Gegenmaßnahmen auch Büchern entnommen werden, die schon etwas älter sind.

Inflation zur Nachfraglebung

Von Paul Krugman, der in diesem Jahr den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten hat für seine Untersuchung der Außenhandelsbeziehungen, gibt es aus dem Jahr 1999 eine Schrift „Die große Rezession, was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt“. Darin beschreibt er unter anderem die Japankrise in den neunziger Jahre, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der jetzigen, vielleicht weltweiten Krise hat. In Japan gab es ein staatliches System der Bankenabsicherung, das dazu führte, dass die Banken anfangen, Kredite zu vergeben, die hochriskant waren, vor allem für Immobilien- und Aktienspekulationen. Das ging solange gut, solange die Aktienkurse und Immobilienpreise stiegen, danach kam es zum Absturz. Die „klassischen“ Mittel der Krisenbewältigung zogen nicht, obwohl der Zinssatz auf Null gesenkt wurde, kam es nicht wieder zu einem Wirtschaftsaufschwung. Auch umfangreiche öffentliche Investitionen wirkten nicht. Auch die Bereinigung des Bankenwesens durch Stärkung der Eigenkapitalbasis half wenig. Nach Meinung Krugmans hilft in einer solchen Situation nur eine Politik der gezielten Inflation (Größenordnung 4%). Nur wenn die Wirtschaftsteilnehmer wissen, dass gehortetes Geld in einem Jahr weniger wert sein wird, wird es konsumiert bzw. investiert. Mit dieser Meinung handelte sich Krugman damals ziemliche heftige Kritik ein, inzwischen hat es aber den Anschein, als ob die USA neben den klassischen Maßnahmen der Zinssenkung, öffentlichen Investitionen und Bankenkontrolle auch eine gezielte Erhöhung der Inflation ins Auge fassen.

Krugman beschäftigte sich damals aber nicht nur mit der Japankrise. Er meinte, dass die modernen Finanzmärkte, insbesondere mit den Kreditschöpfungsinstrumenten der Hedgefonds „Panikanfälle alten Stils“

wieder möglich machten, weil viele Einrichtungen zwar bankähnliche Funktionen wahrnehmen, aber nicht in ein entsprechendes Sicherheitsnetz eingebunden sind.

Sein Buch beschließt er mit einem Kapitel „Keynes kehrt zurück“. Krugman sagt, die Erfolge der angebotsorientierten Politik (Geldpolitik als Mittel zur Bekämpfung von Rezessionen) habe vergessen lassen, dass es auch Nachfragelücken und dadurch verursachte längere Konjunkturtiefs geben könne. In einer solche Lage genüge die konventionelle Geld- und Finanzpolitik nicht, sondern müssten jeweils konkret Mittel gefunden werden, um die Nachfrage zu beleben.

Dennoch seien die ganz großen Probleme der Wirtschaft nicht in den Industrieländern angesiedelt, sondern in den armen Ländern.

Internationale Institutionen zur Kontrolle der Märkte

Auch George Soros, philanthropisch gesinnter Milliardär, beschäftigt sich schon länger mit den Mängeln des globalen Kapitalismus, so in dem 2002 erschienenen Buch „Der Globalisierungsreport, Weltwirtschaft auf dem Prüfstand“. Soros befürwortet globale Märkte, auch Finanzmärkte (er lebt ja schließlich nicht schlecht davon), weist aber auch daraufhin, dass alle Marktteilnehmer davon profitieren können. Allerdings gebe es Schattenseiten: In den weniger entwickelten Ländern fehlen soziale Absicherungen; es entsteht ein Ungleichgewicht zwischen Individualgütern und öffentlichen Gütern: Märkte können Reichtum entstehen lassen; aber können andere soziale Bedürfnisse nicht erfüllen. Und drittens schließlich: globale Finanzmärkte sind krisenanfällig, worunter vor allem auch die Entwicklungsländer zu leiden haben. Es plädiert für Politik zur Kontrolle der Märkte, ist aber ein strikter Gegner von Staatswirtschaft, seinen weltanschaulichen Hintergrund bezieht er aus Karl Poppers Idee der „offenen Gesellschaft“. Die Globalisierung sei kein Nullsummenspiel, das Problem wäre aber, dass mit dem mehr erzeugten Reichtum die Verlierer entschädigt werden müssen, das ginge, weil immer noch genug für die Gewinner übrig bliebe. Soros stellt sich vor, dass internationale Organisationen wie WTO oder IWF (entsprechend reformiert) den Markt soweit wie nötig regulieren sollen. Deshalb beklagt er, dass die linken Globalisierungsgegner die internationalen Finanzinstitutionen grundsätzlich angreifen und damit unbeabsichtigt mit den Rechten

im US-Kongress im Bündnis seien, die internationale Organisationen, vorweg die UNO, aber auch die Handels- und Finanzorganisationen obstruieren. Er wünscht sich eine WTO (Handelsorganisation), die neben Vorschriften für die Produktion privater Güter ein Anreizsystem für die Bereitstellung öffentlicher Güter schafft. Das System der Auslandshilfen müsse reformiert werden, und schließlich solle der IWF für eine finanzielle Stabilität auf den Finanzmärkten sorgen. Soros ist zwar kein großer Theoretiker wie Krugman oder Stiglitz, aber seine aus der Praxis gewonnenen Ansichten über die Finanzmärkte sind bedenkenswert und decken sich auch mit den wissenschaftlichen Beschreibungen. Da die Finanzmärkte sich immer auf die Zukunft beziehen, die Entscheidungen im Heute aber die Zukunft beeinflussen, tendieren diese Märkte nicht zum Gleichgewicht, sondern besteht immer das Risiko von Übertreibungen. Daher sind alle Theorien über effiziente Märkte und rationale Erwartungen nicht zutreffend. Deshalb sei eine Überwachung und bis zu einem gewissen Grad auch Steuerung durch politische Vorschriften unumgänglich. Die USA sieht er in einer besonderen Verantwortung: sie seien militärisch noch auf Jahrzehnte eine Hegemonialmacht, die wirtschaftliche Dominanz sei aber nicht so sicher. Eine Lösung sieht er in Richtung teilweisen Verzichts von Souveränität zugunsten internationaler Einrichtungen (als mögliches Modell nennt Soros die EU).

Ein Schritt zur Weltwährung

Joseph Stiglitz knüpft in seinem Buch „Die Chancen der Globalisierung“ (2006) an den Ideen von Soros an. Stiglitz geht von den Problemen von Entwicklungs- oder Schwellenländern aus, die ihre Kreditschulden nicht mehr bedienen können (Argentinien 2002). Er verweist darauf, dass es zwar seit dem 19. Jahrhundert einen gewaltigen Fortschritt gab, weil heute Schulden nicht mehr wie damals mit militärischen Mitteln eingetrieben werden. Bei privaten Schulden haben Insolvenzgesetze das Schuldnergefangnis abgelöst. Bei der Überschuldung eines souveränen Landes sei aber mehr klar, was man nicht tun soll (militärisch intervenieren), aber weniger klar, was zu tun sei: es stünden die drei Alternativen, Schuldenerlass, Umschuldung (in der Hoffnung, dass später gezahlt wird) und Einstellung des Schuldendienstes (der Schuldner zahlt nicht mehr). Stiglitz meint, dass entsprechend den nationalen Insol-

venzgesetzten geordnete internationale Verfahren nötig seien.

Vor allem aber funktionierte das Weltfinanzsystem nicht richtig. Es findet ein Zufluss von Geld von den armen zu den reichen Ländern statt. Das reichste Land der Erde, die USA, leihe sich täglich 2 Milliarden Dollar bei den ärmeren Ländern. Zum einen handle es sich um Schuldenrückflüsse (inklusive Zinsen). Zum anderen müssen die Entwicklungsländern Währungsreserven in Anleihen der USA und anderen „Hartwährungsländern“ kaufen, die allerdings extrem niedrig verzinst sind. Stiglitz schlägt daher eine Reform des Systems der Währungsreserven vor. Die Währungsreserven sind wie eine Art Versicherung für die armen Länder, der Preis für diesen Versicherungsschutz sei aber zu hoch bei einer

effektiven Rendite von 1 bis 2 Prozent. Würde dieses Kapital in den Entwicklungsländern investiert werden, könnte es Erträge von 10 bis 15 Prozent bringen. Dieses System sei auch für die USA nicht dauerhaft von Vorteil. Die USA verschulden sich im Ausland (Schatzwechselverkauf); faktisch werden Staatsausgaben nicht durch Mittelaufbringung im Inneren finanziert, sondern durch Kreditaufnahme bei Ausländern. Dem entspricht, dass das Land mehr importiert als exportiert, das Außenhandelsdefizit wird durch Kreditaufnahme finanziert. Damit schwächt sich zugleich die Binnen nachfrage. Somit ergäbe sich aus der Rolle des US-Dollars als Reservewährung auf Dauer ein instabiles System: Wenn alle anderen US-Schatzwechsel horten, erhöht sich mit ansteigender

Verschuldung das Risiko, dass schon bei geringen Inflationsraten das Vertrauen in den Dollar schrumpft und Wechselkursschwankungen die Folge sind. Auch ein Zweiwährungssystem mit dem Euro als zusätzlicher Reservewährung sei nach Stiglitz keine Lösung. Er greift stattdessen einen Vorschlag Keynes auf, ein internationales Weltgeld zu schaffen (die technischen Details können hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden). Voraussetzung ist aber wie schon bei Soros, dass die USA ihre nationale Souveränität ein Stück weit an internationale Organisationen abgeben. Ob hierzu die neue US-Regierung bereit und in der Lage ist, wird sich herausstellen; das Instrumentarium von Seiten der Wirtschaftswissenschaften liegt jedenfalls schon einmal parat. *Alfred Küstler*

**Charles P. Kindleberger,
Manien, Paniken, Crashes.
Die Geschichte der
Finanzkrisen dieser Welt**

Börsenmedien AG Kulmbach, 2001,
344 Seiten, 39,90 Euro

Der 2003 im Alter von 92 Jahren verstorbene US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler- und -historiker Kindleberger beriet vor seiner Lehrtätigkeit am Massachusetts Institute of Technology nationale und internationale Finanzinstitutionen wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und wirkte auch bei der Erarbeitung des Marshall-Plans nach dem Zweiten Weltkrieg mit. In deutscher Übersetzung liegt das mehrfach überarbeitete Werk „Manias, Panics and Crashes“ auf Grundlage der 3. Auflage 1996 vor. K. hat darin über 40 Finanzkrisen aus den Jahren 1618 bis 1990 ausgewertet, – beginnend mit der „Kipper- und Wipperzeit“, als die herrschenden Prinzen, Äbte, Bischöfe und Kaiser den Wert der Münzen verschlechterten, um sich auf den Dreißigjährigen Krieg vorzubereiten, bis hin zur Japankrise der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Für Informationen über die Ostasien- und Russlandkrise Ende der 90er und das Platzen der Technologieblase Anfang des 21. Jahrhunderts muss man auf die von Robert Aliber überarbeitete englischsprachige 5. Auflage von 2005 (16,65 Euro bei Libri.de) zurückgreifen.

Exzessive Spekulationen und das Ende solcher Exzesse in Form einer Krise, eines Crashes oder einer Panik sind nach seiner historischen Betrachtung zumindest normal, wenn nicht sogar unvermeidlich. K. verwendet zur Betrachtung dieser Blasen ein sechsstufiges Schema: Auslösung – irgendein Ereignis verändert die wirt-



„Floras Mallegewagen“, ein Gemälde des niederländischen Malers Hendrik Gerritsz Pot zeigt einen Segelwagen als Satire über den spekulativen Tulpenhandel.

schaftliche Lage, sei es eine Erfindung, Beginn oder Ende eines Krieges, eine Missernte oder ein Betrugsfall; Entstehung eines Booms – neue Profitgelegenheiten werden ergriffen; Zunahme der Spekulation; Euphorie oder Manie – destabilisierende Spekulation, vor allem auf Kreditbasis; Umkippen der Erwartungen; Panik.

Der Boom speist sich – wie auch in der aktuell geplatzten Immobilienblase – aus einer Ausweitung der Bankkredite: „Das hier untersuchte Virus ist Spekulation mit geliehenen Geldmitteln“. Wichtig aber der Hinweis, dass auch vor Bildung von Banken theoretisch unbegrenzte Mittel in Form von privaten Krediten zur Verfügung stehen. Klassisches Beispiel dafür ist die Tulpenmanie der Jahre 1636 bis 1637. Die Anzahlungen für die Tulpenzwiebeln wurden in Form von Schweinen, Kühen, Käse, Grundstücken, Häusern,

Möbeln, Silber- und Goldgefäßen geleistet, der Kaufpreis im Übrigen gestundet. Die Versteigerungen fanden nicht an der Börse sondern in Wirtschaftshäusern statt (s.a. <http://de.wikipedia.org/wiki/Tulpenmanie>). Das Bankgewerbe selbst zeigt sich innovativ in der Entwicklung neuer Formen des Kredits und entgleitet immer wieder dem Zugriff der Regulation.

Als Spekulationsobjekte dienen in der Geschichte wie bei der Tulpenmanie nicht nur Wertpapiere, sondern auch agrarische und industrielle Rohstoffe, Infrastruktur wie Kanäle oder Eisenbahnen, Ackerland und immer wieder Immobilien.

Kindleberger polemisiert insbesondere gegen die Vorstellung der Friedman-Schule, die (Kapital-) Märkte bestünden überwiegend aus intelligenten, gut informierten und finanziell gut ausgestatteten Spekulanten, die in ▶

► rational berechneten Schritten handelten. Rationales Verhalten jedes Einzelnen kann eine irrationale Destabilisierung des Marktes zur Folge haben. „Wenn der Rest der Welt verrückt ist, muss man bis zu einem gewissen Grad mitmachen“, zitiert er als Zeugen des Herdentriebs einen Bankier, der sich bereits 1720 in Aktien der britischen South Sea Company verspekulierte.

Geldmengen- und damit Kreditregulierung sei zwar notwendig, Fehler dabei aber unvermeidlich. „Englischen Geschäftsleuten ist die Währungsfrage unangenehm. Sie können nicht einmal genau definieren, was Geld ist; sie wissen, wie man zählt, aber sie wissen nicht, was sie zählen.“ (Walter Bagehot, britischer Ökonom, Publizist und Verfassungstheoretiker des 19. Jahrhunderts) Das gilt auch für ein Krisenmanagement bei Panik-Situationen auf nationaler und internationaler Ebene. Ausführlich wird das Für und Wider eines „letzten Kreditgebers“ erörtert, also die unbeschränkte Kreditvergabe an – ja, an wen? Führt seine Existenz nicht zu noch rücksichtsloseren Spekulationen? Seine Schlussfolgerung: „Einen letzten Kreditgeber sollte es zwar geben, aber man sollte sich seiner Gegenwart nie sicher sein. ... Eile immer zu Hilfe, um unnötige Deflation zu vermeiden, aber lasse immer offen, ob die Rettung noch rechtzeitig oder überhaupt noch kommen wird, damit die anderen Spekulanten, die Banken, Städte oder Staaten vorsichtig werden.“ (S. 26) (gst)

Joachim Bischoff, Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue Fesselung“ des Kapitals.

VSA-Verlag in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg, Hamburg 2008, 96 Seiten, 9,80 Euro.

Wer auf wenigen Seiten eine knappe Analyse der Gründe für die Entstehung jener gigantischen Vermögensblase im Finanz- und Immobilienbereich sucht, die nun in der globalen Finanzmarktkrise geplatzt ist, und wer mehr über die Zusammenhänge zwischen dieser Finanzkrise und der realwirtschaftlichen Entwicklung in den kapitalistischen Metropolen erfahren will, der findet in dem Bändchen von Joachim Bischoff viele Anregungen und nützliche Informationen.

Eine Kernthese des Autors: Der wirtschaftliche Boom der letzten Jahre in den USA und einigen anderen Staaten wie zum Beispiel Großbritannien basierte zum beträchtlichen Teil auf der Fiktion eines immerwährenden Anstiegs von Immobilienwerten. „Die

Emile Zola, Das Geld, erschienen 1891, in den letzten Jahren u.a. im Aufbau Taschenbuch-Verlag und als Insel Taschenbuch herausgebracht, 504 Seiten, im Antiquariat lieferbar unter www.buchfreund.de

Der Roman des berühmten französischen Romanciers liest sich streckenweise wie eine Vorweg-Schilderung der Internet-Blase rund um Firmen wie Telekom, Vodafone und die zahllosen „dot.com“-Firmen vor wenigen Jahren oder wie eine zeitlose Parabel auf eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren auch der heutigen, aktuellen Finanzkrise.

Das Buch gehört zu den Erfolgsbüchern der Rougon-Macquart-Reihe, einem Romanzyklus von insgesamt 20 Bänden, den Emile Zola in den Jahren 1870 bis 1893 schrieb und in dem er den Aufstieg und Fall einer weitverzweigten Familie im französischen Kaiserreich schildert. „Das Geld“ erschien 1891. Darin schildert Zola den Aufstieg des Aristide Rougon-Saccard, eines hemmungslosen Spielers, der bereits in den Roman „Die Beute“ auftaucht und dort durch Bodenspekulation erst zu großem Reichtum kommt, dann aber scheitert. In „Das Geld“ schildert Zola die Rückkehr dieses Saccard auf die Pariser „Bühne“. Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, in der kurzen Zeitspanne zwischen dem preußisch-österreichischen Krieg, der Pariser Weltausstellung und dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, also auch kurz vor der Pariser Kommune, gründet Saccard in Paris eine „Bank Universelle“, um damit seinen persönlichen Reichtum zu mehren. Verbun-

den damit sind Realgeschäfte, bei denen es darum geht, die französischen Handelsflotten im Mittelmeer-Raum zu stärken, Eisenbahnlinien durch das Osmanische Reich zu errichten und gewaltige Silbervorkommen im Mittleren Osten auszubeuten. Fernziel soll die Errichtung einer katholischen Heimstatt inkl. Papststz in Jerusalem sein, gestützt auf seine Bank in Paris, die den Pariser Geldmarkt kontrolliert und daraus unerhörte Reichtümer für die gute „katholische Sache“ akkumuliert.

Saccard gelingt es, einen gewaltigen Börsenboom anzuzetteln, der ihn, seine Kumpane und auch Tausende von Kleinspekulanten am Ende in den Abgrund reißt. Die plastische Schilderung dieses Börsenfiebers, das ein Zeitlang nicht nur die feine Gesellschaft von Paris, sondern auch zahllose Kleinanleger aus der Provinz in seinen Bann zieht, und die Hinweise auf den aufkommenden Antisemitismus in Frankreich sind gleich zwei Stärken des Romans.

Die dritte Stärke des Buches ist, das Zola eine Vielzahl von sozialen „Typen“ schildert, die wahrscheinlich zeitlos sind, so dass Leser unwillkürlich an heutige Personen denken. Der schwäbische Unternehmer Merckle beispielsweise, der auf fallende VW-Aktien spekulierte und damit Hunderte von Millionen Euro verlor, ist

Zeitschrift ‚The Economist‘, die den Preis von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen in 20 Ländern verfolgt, schätzt, dass in den entwickelten Nationen der Marktwert des Wohnungseigentums zwischen den Jahren 2000 und 2005 von 40 auf mehr als 70 Billionen US-Dollar gestiegen ist ...“ (S. 29). Die steigenden Immobilienpreise dienten zur Absicherung zusätzlicher Kredite, mit denen der private Konsum gesteigert wurde. Infolgedessen nahm der private Konsum in den USA seit 2003 um real 3 bis 4% jährlich zu, obwohl die verfügbaren Haushaltseinkommen stagnierten oder sogar zurück gingen.

Zusätzlich angefeuert wurde diese Entwicklung durch die Politik der Regierung Bush, die – ähnlich wie andere Regierungen – einer von privaten Vermögen getriebenen neoliberalen Ökonomie das Wort redete. „Wirtschaftspolitik hat danach die Aufgabe, den Marktwert von Vermögenswerten ständig zu erhöhen und eine Transformation in eine Eigentümergesellschaft

zu befördern.“ (S. 57) Mit dem Rückenwind von Politik und Finanzinstitutionen wurde „in den USA der Anteil der Hauseigentümer von 1995 von 65% auf fast 70% im Jahr 2006 hochgetrieben (Deutschland liegt mit einem Eigentumsanteil von 42% im europäischen Vergleich an vorletzter Stelle; Italien: 77%, Großbritannien: 69%).“ (S. 34) Die Folge war ein von Politik und Finanzwelt gewollter Immobilienboom und eine damit einhergehende wachsende private Verschuldung, die irgendwann mit der realen Einkommensentwicklung kollidieren musste – und das 2007 auch tat – mit allen Folgen, die wir heute erleben.

„Das Ausmaß der Abhängigkeit amerikanischer Konsumenten vom Schuldendienst und von der Abkühlung des Immobilienmarktes ist von den meisten Akteuren der Finanzmärkte unterschätzt worden“, stellt Bischoff richtig fest (S. 34), und zitiert Alan Greenspan, den langjährigen Vorsitzenden der US-Notenbank, der lakonisch feststellte: „Rückblickend wird die derzeitige Fi-

bei Zola ein ehrbarer Seidenfabrikant, der sich an Saccards Bankprojekt beteiligt. Saccard selbst hat viel Ähnlichkeit mit dem New Yorker Großspekulanten Bernard Madoff, der durch sein Schneeballsystem jahrelang mit Milliarden jonglierte. Revisoren und Buchprüfer, die alles mitmachen, gibt es natürlich auch, heute bekannt als „Rating-Agenturen“. Auch die vielen Klein- und Großaktionäre und ihre Motive schildert Zola plastisch. Und – wie offenbar bei jedem Börsenfieber – gibt es auch hier jede Menge Regel- und Gesetzesverstöße, die natürlich immer erst nachträglich bekannt werden, in der aktuellen Krise unter anderem aufgetreten in Form der inzwischen berüchtigten „außerbilanziellen Zweckgesellschaften“ zahlreicher Banken in Irland und anderswo. Herr Ackermann von der Deutschen Bank, der mit seiner Forderung nach „25 Prozent Eigenkapitalrendite“ die Finanzmärkte in den letzten Jahren anheizte, heißt bei Zola Herr Gundermann und ist Chef der mächtigsten Bank in Paris, die am Ende den Spekulanten Saccard in den Abgrund stößt.

Auf dem Klappentext der Ausgabe, die 1995 im „Aufbau-Taschenbuch-Verlag“ erschien, findet sich ein lustiger Hinweis. „Das Geld“ sei bis heute „Zolas modernster Roman“, stellt der Verlag fest. Dann folgt Hilmar Kopper, damals Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, mit der Aussage: „Ich empfehle den Roman meinen Mitarbeitern immer wieder als Lektüre“. Geholfen hat das offenbar nicht. Lesenswert ist das Buch heute wie damals. (rül)

nanzkrise in den USA wohl einmal als die schmerzlichste seit dem Zweiten Weltkrieg gewertet werden. Sie wird enden, wenn sich die Hauspreise stabilisieren und mit ihnen der Wert der kriselnden Hypothekenkredite.“ (S. 70)

Etwas irritierend ist dagegen ein im Anhang dokumentiertes Statement von Wirtschaftswissenschaftlern, die sich der globalisierungskritischen Bewegung Attac zuordnen. Darin wird neben vielen vernünftigen Zielen zur Regulierung der Finanzmärkte u.a. explizit gefordert, die weltweite Mobilität von Waren und Kapital zu stoppen und die Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union aufzuheben. Diese Abkehr vom Freihandel und die damit implizit verlangte Rückkehr ausgerechnet der reichsten Länder dieses Erdballs zu Protektionismus und Abschottung verträgt sich schlecht mit einer weltoffenen, auf internationale Solidarität zielenden Politik. Wieso ein solcher Politikwechsel erstrebenswert und was daran links sein soll, bleibt dem Rezensenten rätselhaft. (rül)

Elsässer bastelt: „Bomben aus fiktivem Kapital“

Jürgen Elsässer hat schon öfter den Kontakt zu konservativen Kreisen gesucht und der westdeutschen Linken Vorschläge unterbreitet, dass einem die Haare zu Berge standen, umso verwunderlicher, dass er immer wieder Jobs bei linken Zeitungen findet, derzeit beim „Neuen Deutschland“. Ob da die alten Kontakte zum Chefredakteur Jürgen Reents, beide früher im KB, eine Rolle spielen, sei mal dahingestellt.

Ein Aufsatz im „Neuen Deutschland“: Auf jeden Fall hat Jürgen Elsässer in einem langen Aufsatz im „Neuen Deutschland“ vom 20.12.2008 unter der Überschrift „Bomben aus fiktivem Kapital“ seinen anti-amerikanischen Kurs begründet: Viele Linke „blenden das imperialistische Element (Dominanz der Vereinigten Staaten in Politik und Wirtschaft)“ in der gegenwärtigen Krise aus und sehen als „Dreh- und Angelpunkt“ stattdessen die Überakkumulation und Umverteilung „insbesondere in Deutschland (Linksfraktion). Folglich kommt es zu Fehlern in der politischen Praxis.“

Verein gegründet

Elsässer gründete die „Volksinitiative“ gegen Finanzkapital und berief in dem Artikel zu einer Veranstaltung am 10. Januar nach Berlin-Kreuzberg ein. Sein nationalistischer Praxis- und Theorieansatz wurde jetzt ganz offen: Elsässer will ein Bündnis mit dem Industriekapital gegen die Banken und die USA:

Aus der Plattform

„... 2. Bei der Abwehr dieses Angriffs spielt der Nationalstaat die entscheidende Rolle. Supranationale Koordinationen in Gremien, in denen die aggressiven Staaten und ihre Vertreter eine Rolle spielen (EU, G8, IWF usw.), sind für die Katz. Wichtig ist eine Koordination der angegriffenen Nationalstaaten.“

3. In allen Staaten, auch in Deutschland, entwickelt sich ein zunehmender Widerspruch zwischen dem Industrie- und dem Bankkapital. Letzteres, eng mit den anglo-amerikanischen Angreifern verbunden, erdrosselt ersteres in einer Kreditklemme.

4. Hauptaufgabe der Linken ist der Aufbau einer Volksfront, die das national bzw. „alt-europäisch“ ori-

enterte Industriekapital einschließt. Die Reduktion auf Klassenkampf ist sektiererischer Unsinn.

5. Hauptaufgabe der Volksfront ist die entschädigungslose Nationalisierung des Finanzsektors und die Abdrängung der anglo-amerikanischen Finanzaristokratie aus Europa, in der Perspektive ein eurasisches Bündnis. Den Sozialismus, also den Stoß gegen das System insgesamt, zur Hauptaufgabe zu erklären, ist linksradikale Kraftmeierei bzw. „imperialistischer Ökonomismus“ (Lenin).“

Über die Veranstaltung am 10. Januar berichtet die „taz“ am 12.1.:

„Die moderne deutsche Autoindustrie etwa hat es nicht verdient, durch US-Heuschrecken ruiniert zu werden“, so Elsässer am Samstag. Er rät den deutschen Arbeitern zu Betriebsbesetzungen zusammen mit den ebenfalls gefährdeten Unternehmern. Als „antideutsch“ begreift er nun vor allem die Deutsche Bank. Seine „Volksfront-Ini“ will „raus dem linken Getto“, das „ökologisch völlig versaut“ und zudem in der Sprache der „Political Correctness“ („eine Neusprech-Erfindung von US-Thinktanks“) erstarrt sei.“

Die rechtsextreme Szene jubelt. Die „Junge Freiheit“, die Elsässer seit länger Zeit wohlwollend begleitet, schreibt:

„Nicht überall kommen Elsässers Querfront-Spiele gut an: Diese Parolen seien nicht links, sondern originär rechts, und sie hätten auch schon eine politische Heimat – die NPD, ätzte die Linkspartei-Abgeordnete Petra Pau in Richtung Elsässer; zielte dabei aber wohl eher auf einen anderen, nämlich Parteifreund Oskar Lafontaine, als dessen Stichwortgeber der Linksnationale gilt.“

Stellvertretend tobt hier anscheinend auch ein innerparteilicher Richtungskampf zwischen dem populistischen Saarländer und dem anti-nationalen „Reformflügel“ innerhalb der „Linken“.

Die NPD erklärt dazu:

„Elsässer vertritt nun das, was die Nationaldemokraten seit nunmehr als einem Jahrzehnt predigen: Die einzigen handlungsfähigen Subjekte im Kampf gegen Globalisierung und die totale Macht des Finanzkapitals sind die Völker und Nationen! Auch Elsässers realpolitischer Ansatz, zuerst die Restsouveränität der Nationalstaaten zu stärken, wird so nur von der NPD vertreten.“

Jörg Detjen

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Einladung zur Jahrestagung

Alle Mitglieder des Vereins und Interessenten sind hiermit herzlich eingeladen zur Jahrestagung:

Beginn: Samstag, 4. April, 12.30 Uhr (Anmeldung ab 12 Uhr)

Abschluss: Sonntag, 5. April, 13 Uhr

Ort: Haus der Jugend, Raum E 11, Frankfurt/Main, Deutschherrenufer 12

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Samstag:

1. Konstituierung, Versammlungsleitung, Protokollierung, Beschluss über die TO
2. Bericht der Redaktion Politische Berichte, Aufgabendwicklung, Neuwahl der Redaktion und der Herausgeber
3. Bericht des Vorstands, Kassenbericht, Bericht der Finanzprüfung, Beschluss über die Entlastung des alten Vorstands, Neuwahl des Vorstands, Bestimmung der Kassenprüfer, Beschluss über den Haushalt 2008/2009
4. Diskussion: „Linke Sozialpolitik in Ländern und Gemeinden, Schwerpunkte und Perspektiven“. Vorbereitung durch Redaktion Politische Berichte (M. Fochler) und Mandatsträger/innen

Sonntag:

Diskussion: „Europas Außenpolitik und friedenspolitische Strategien der LINKEN“. Hierzu versuchen wir, ein/e Kandidat/in der LINKEN zur EU-Wahl einzuladen.

Um Anmeldung bei Alfred Küstler, c/o GNN Stuttgart, wird gebeten (bitte angeben, ob Übernachtung benötigt wird)

Mail: alfred.kuestler@gnn-verlage.com

Tel: 0711-624701

Fax: 0711-621532

Für den Vereinsvorstand:

B. Wolf, C. Cornides, R. Lötzer

24. Januar. Aufstellung der Landesliste Schleswig-Holstein der Linken zur Bundestagswahl.

31. Januar. Aufstellung der Landesliste Baden-Württemberg der Linken zur Bundestagswahl.

31. Januar. Aufstellung der Landesliste Niedersachsen der Linken zur Bundestagswahl.

13. Februar. Dresden. Bundesweite Demonstration gegen Nazi-Aufmarsch in Dresden (Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg).

28. Februar. Essen. Bundesparteitag und Vertreter/innen-Versammlung zur Europawahl der Linken

21./22. März. Berlin, Kongress der Bundestagsfraktion Die Linke zum Sozialstaat.

28. März. Köln, Aufstellung der Landesliste NRW der Linken zur Bundestagswahl.

29. März. Aufstellung der Landesliste Bayern der Linken zur Bundestagswahl.

28. März. Köln. Aufstellung der Landesliste NRW der Linken zur Bundestagswahl.

3./4. April. Baden-Baden. Nato-Gipfel zum 60jährigen Bestehen. Aktionen unter dem Titel: „Nein zu Krieg – nein zur Nato“ sind geplant.

4./5. April. Frankfurt/M. Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation.

20. Juni. Berlin. Bundesparteitag der Linken zur Bundestagswahl 2009.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2009	Januar	Hessen / a.o.	Landtag	18.1.	4 Jahre
	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Juni	EU	Euro. Parl.	7.6.	5 Jahre
	Juni	Baden-Württemb.	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	NRW	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Rheinland-Pfalz	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Saarland	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Sachsen	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Sachsen-Anhalt	Kommunal	7.6.	5 Jahre
2010	Juni	Thüringen	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	August	Saarland	Landtag	30.8.	5 Jahre
	August	Thüringen	Landtag	30.8.	5 Jahre
	August	Sachsen	Landtag	30.8.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Landtag	27.9.	5 Jahre
	Sept.	Bundesrepublik	Bundestag	27.9.	4 Jahre
	Frühj	Schlesw.-Holstein	Landtag		5 Jahre
	Frühj	NRW	Landtag		5 Jahre
2011	Frühj	Baden-Württemb.	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Rheinland-Pfalz	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Sachsen-Anhalt	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj	Bremen	Landtag/K		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag/K		5 Jahre
	Herbst	Mecklenb.-Vorp.	Landtag		5 Jahre